

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rotestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaßte Kolonnezeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **435000** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

### Arbeitsverhältnisse der Staatswerften in Deutschland und den Vereinigten Staaten.

Das Reichsmarineamt hat eine Schrift herausgegeben, die sich betitelt: „Die Organisationen der Werften der Vereinigten Staaten“. Sie ist vom Admiral Wodrig bearbeitet.

Nach den Verhandlungen über die großen Kieler Werftunterstützung wurde der Admiral Wodrig vom Reichsmarineamt nach Amerika geschickt, um über die kaufmännische Verwaltung und Organisation der dortigen Staatswerften die nötigen Instruktionen und Informationen zu sammeln. Seine Erfahrungen legte er in der erwähnten Schrift nieder.

Leider ist diese der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich gemacht worden, vermutlich wegen der in vielfacher Beziehung unendlich weit rückständigeren und unfreieren Arbeitsverhältnisse der deutschen Werftarbeiter gegenüber der amerikanischen. Wir sind jedoch in der Lage, den für die Arbeiterschaft wichtigsten Teil dieser Schrift, der die Betriebsweise und das Arbeitsverhältnis für die dortigen Arbeiter behandelt, hier mitzuteilen. Das Studium dieses Abschnittes veranlaßt unwillkürlich eine Gegenüberstellung mit den Arbeitsverhältnissen unserer Kaiserlichen Werften. Da heißt es zum Beispiel in der Arbeitsordnung der Amerikaner:

„Die zuständigen leitenden Personen haben die Arbeiter nach ihrer Geschäftlichkeit und ihren Leistungen und ohne Rücksicht auf irgendwelche anderen Erwägungen zu verenden.

Kein Offizier oder Beamter oder sonstiger Staatsangestellter darf einen Arbeiter auf der Werft veranlassen oder auffordern, Geld für politische Zwecke zu zeichnen oder zu zahlen, auch darf kein Arbeiter wegen seiner politischen Gesinnung entlassen oder entlassen werden. Wer gegen diese Bestimmung verstößt, ist aus dem Staatsdienst zu entlassen.“

Wie blamabel nehmen sich demgegenüber die Bestimmungen der deutschen Arbeitsordnung aus. Hier heißt es:

„Die für den Dienst in der Marineverwaltung im Arbeitsverhältnis anzunehmenden Personen müssen folgenden Bedingungen entsprechen: Sie müssen sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und sich in ihren bisherigen Lebensverhältnissen achtbar geführt haben.

Sie dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein, von denen vorauszusehen ist, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören wollen.

Die annehmende Behörde unterrichtet sich über das Vorhandensein dieser Erfordernisse in geeigneter Weise.“

Diese Bestimmung hat denn auch der annehmenden Behörde noch immer die Handhabe geboten, politisch oder auch nur gewerkschaftlich Anrüchliche von den Staatswerften fernzuhalten oder diese auf dem schnellsten Wege wieder ohne Kündigung zu entlassen. Hunderte von Fällen sind zu verzeichnen, wo gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wieder entlassen wurden, weil sie nach Ansicht der Orts- und Polizeibehörden ihres vorherigen Beschäftigungsortes wegen gewerkschaftlicher Betätigung keinen „achtbaren Lebenswandel“ geführt haben.

Allerdings wird der Grund etwaiger Entlassung streng geheim gehalten und in keinem Falle mitgeteilt. Jedoch waren sich 99 Prozent der wieder zur Entlassung gekommenen Arbeiter keines anderen Verbrechens bewußt, als der Zugehörigkeit zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation und der Betätigung in derselben.

Da die Orts- und Polizeibehörden über den Leumund der neuEinstellenden Arbeiter berichten, so ist der Willkür und Arbitrarie Tür und Tor geöffnet. Wir sind im Besitze eines charakteristischen Originalschreibens; es handelt sich um einen Arbeiter auf Helgoland. Die Werft Wilhelmshaven schreibt an die Polizeiverwaltung in Helgoland:

„Der Arbeiter N. N., geboren . . . , angeblich wohnhaft auf Helgoland, hat gebeten, als Werftarbeiter eingestellt zu werden. Ehe die Werft ihn endgültig annimmt, bittet sie um Auskunft, ob er Reichsangehöriger ist, ob er sich in seinem bisherigen Lebensverhältnis achtbar geführt hat, insbesondere ob er bestraft ist, ferner ob er für sozialdemokratische Unternehmungen agitiert oder von ihm vorausgesetzt werden kann, daß er den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören wird.“

Das Landratsamt Helgoland überwies die Angelegenheit dem Gendarmeriewachtmeister F. zur Feststellung. Nach Abschluß der Feststellungen des Gendarmeriewachtmeisters ging ein Antwortschreiben an

„Das Arbeiteramt der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven mit der Mitteilung erachtet zurück, daß N. N. . . . wegen Unterschlagung mit 3 M. Geldstrafe oder 1 Tag Haft bestraft ist. Diese Sache ist ganz geringfügig gewesen. Außer dieser Strafe hat N. N. sich nie aut geführt. Er ist kein Sozialdemokrat. Es ist auch nicht zu befürchten, daß er den Frieden zwischen Behörde und Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören wird.“

Wie man sieht, Name unvollständig. Wer in Frage kommende Arbeiter kann sich glücklich schätzen, daß die Behörde eine Strafe von 3 M. wegen Unterschlagung als geringfügig angesehen hat. Auch ist ihm das Nichtvorhandensein einer gewerkschaftlichen Organisation auf Helgoland ebenfalls zugute gekommen. Wäre ermittelt worden, daß er einer gewerkschaftlichen

Organisation angehörte, so wäre zweifellos berichtet worden, N. sei Sozialdemokrat. In diesen Dingen geht der Polizei jedes Unterscheidungsvermögen ab. Vor nicht langer Zeit wurde ein Arbeiter wegen einer geringfügigen Sache (Entwendung von einigen Kleinfachern) entlassen, obwohl er nur bedingt zu 1 Tag Gefängnis verurteilt worden war.

In der Arbeitsordnung der Amerikaner heißt es weiter:

„Die Lohnsätze der Angehörigen der Werft sollen mit den in der Privatindustrie in unmittelbarer Nähe der betreffenden Werft gezahlten Löhnen übereinstimmen, sie sollen jährlich neu bestimmt und am 1. Januar in Kraft gesetzt werden. Jährlich am 1. November ernannt der Oberwerftdirektor eine aus höheren Angestellten bestehende Kommission, die bei den hauptsächlichsten Fabriken in der Umgebung sorgfältige Erhebungen anstellen hat über die Höhe der Löhne, die dort an die Arbeiter der verschiedenen Klassen in jeder Gewerkschaft oder Beschäftigung, die in der Lohnklassentabelle der Werft verzeichnet ist, für gleiche oder ähnliche Arbeit gezahlt werden.“

Die Kommission hat über das Ergebnis an den O. W. D. zu berichten und Vorschläge für die Lohnsätze der Werftarbeiter in den entsprechenden Handwerken und Klassen zu machen.“

Der niedrigste Lohnsatz betrug 1900 für Lehrlinge 20 bis 50 Prozent des Lohnes, den die in der 1. Klasse befindlichen Arbeiter desjenigen Handwerks erzielten. Jugendliche Arbeiter erhielten 1,52 Dollar — 6,30 M. Der Höchsthohn eines Handwerkers betrug 5,20 Dollar — 20,80 M. pro Tag. Alljährlich wird ein neuer Lohnsatz herausgegeben. Man vergleiche demgegenüber die Löhne der deutschen Werftarbeiter. Lehrlinge erhalten 9 bis 20  $\frac{1}{2}$  pro Stunde, jugendliche Arbeiter von 16 bis 19 Jahren 12 bis 27  $\frac{1}{2}$ . Handwerker erhalten 40 bis 51  $\frac{1}{2}$ . Der Höchsthohn für eine kleine Gruppe (6 Vorarbeiter) beträgt 54 und 56  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. (Die Löhne der amerikanischen Staatswerftarbeiter übersteigen also die ihrer deutschen Kollegen um viel mehr als die mindere Kaufkraft des Geldes in Amerika ausmacht. Neb.)

Die Arbeitszeit für Arbeiter beträgt in den Staatswerften der Vereinigten Staaten 8 Stunden, von 8 bis 12 und von 1 bis 5 Uhr. Höhere Beamte haben 7 Stunden Dienst, von 9 Uhr vormittags bis 4  $\frac{1}{2}$  Uhr nachmittags. Wenn man bedenkt, welche langwierigen Kämpfe es gekostet hat, ehe die deutschen Staatswerftarbeiter auch nur die 9 stündige Arbeitszeit erhalten haben, so kann man ermaßen, wie ungeheuer rückständig und zurückgeblieben die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse in den deutschen Staatsbetrieben noch sind. Aber unsere Regierung fürchtet das Gebel der tonangebenden Großindustriellen so sehr, daß sie nichts unternimmt, was das Mißfallen dieser Kreise erregen könnte. Diefem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß die Marineverwaltung und auch die übrigen Ressorts 10 Jahre lang zauderten und zögerten, ehe sie dem unaufhörlichen Drängen der Arbeiterschaft nachgegeben und 1906 die 9 stündige Arbeitszeit eingeführt haben. Schon der Amtsvorgänger des jetzigen Marineministers soll die Einführung der Neunstundenschicht in den Reichsmarinebetrieben angeregt, jedoch infolge der sofort einsetzenden heftigen Opposition der Großindustriellen scheitern die Bemühungen gescheitert und pater peccavi gesagt haben. Interessant ist auch das Verhältnis der Anzahl der Beamten zur Arbeiterschaft. In den deutschen Reichsmarinebetrieben kommt schon auf 7 Arbeiter ein Beamter, in den Staatswerften der Vereinigten Staaten erst auf 12  $\frac{1}{2}$  Arbeiter. Die Arbeiterschaft ist auch der Ueberzeugung, daß das ungeheure Beamtenheer in den deutschen Staatswerften die ganz außerordentlichen Produktionskosten der in eigener Regie gebauten Schiffe verschuldet. Nach Behauptungen des Reichsmarineamts und der Werftbehörden soll dies an den hohen Arbeiterlöhnen liegen. Auch bezüglich der Akkordarbeit sind die Verhältnisse im Dollerlande weit günstigere als bei uns. Der Bericht besagt, auf der Staatswerft in New York werde im Schiff- und Maschinenbau nur in sehr geringem Umfange in Akkord gearbeitet. Bei Neubauten soll der Akkord nur 5 Prozent der Gesamtarbeit betragen. Reparaturen werden überhaupt nicht in Akkord gemacht. Herr Admiral Wodrig bemerkt in seinem Bericht, daß die geringe Anwendung der Akkordarbeit jedenfalls mit dem Widerstand der Gewerkschaften zusammenhängt. Jedoch sollen die Werften im übrigen mit den Organisationen nichts zu schaffen haben, wenn auch die meisten Werftarbeiter ihnen angehören. Wir können bestätigen, daß 90 Prozent aller in den Staatswerften der Vereinigten Staaten beschäftigten Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften sind und daß deren Einfluß auch ohne offizielle Aktionen so unverkennbar zutage tritt, daß sie in facto in die Produktions- und Arbeitsverhältnisse mitbestimmend und regelnd eingreifen. Es ist eine absolute Unmöglichkeit für die dortigen Behörden, bestehende Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verschlechtern. Mögen die Arbeiter unserer Staatswerften einmal Vergleiche ziehen zwischen dem bevormundeten Arbeiter hier und dem sozial höher bewerteten freieren Arbeiter und dessen Existenzbedingungen jenseits des Ozeans, dann wird sich ergeben, daß der deutsche Arbeiter unter den rückständigsten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, daß besonders die vom Staate beschäftigten Arbeiter sich eine Bevormundung gefallen lassen müssen, die eines freien mündigen Arbeiters unwürdig ist.

Trotzdem lebt aber immer noch ein großer Teil der Werftarbeiter stumpfsinnig und gleichgültig in den Tag hinein, ohne an die dringende Pflicht und Notwendigkeit der Zugehörigkeit zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu denken. Wir hoffen, daß der jetzige große Kampf der Werftarbeiter gegen das hochmütige Reeder- und Werftprokurentum um verbesserte Arbeitsbedingungen auch den Arbeitern in den Staatswerften die Augen öffne, sie zur Ueberzeugung kommen, daß nur durch eine geschlossene Organisation, durch das einmütige Zusammenstehen aller, eine Aenderung der jetzigen ungerechten und schmachvollen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden kann.

### Achter Internationaler Sozialistischer Kongreß.

(Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910.)

Die Kopenhagener Sozialdemokratie hat zum 8. Internationalen Kongreß eine Festschrift erscheinen lassen, worin das Entstehen und die Entwicklung der Sozialdemokratie in Kopenhagen geschildert werden. Zur Information unserer Leser wollen wir hier einiges daraus in Kürze wiedergeben. Die sozialdemokratische Bewegung in Dänemark hat danach ihren Anfang genommen im Jahre 1848. Im Laufe der Jahre hat sie sich zu einer achtunggebietenden und einflußreichen Macht emporgeschwungen. Nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten war die sozialdemokratische Partei im Jahre 1878 so erstarkt, daß sie in Kopenhagen Kandidaten zum Folkething aufstellen konnte. Sie erhielt das erstmal 767 Stimmen, 1881 1689 Stimmen, 1884 in 3 Wahlkreisen 6806 Stimmen, wodurch sie 2 Wahlkreise eroberte. Die Reaktion, die damals die Macht in Händen hatte, ist jetzt zur Minorität debütiert worden. Von den 16 Wahlkreisen für Kopenhagen und die Vorstadt Frederiksberg besitzt die Sozialdemokratie 10, die sozialradikale Partei 2 und die alte konservative Partei nur 4. Bei der letzten Wahl erhielt die Partei in Kopenhagen 32 000 Stimmen.

Auf kommunalem Gebiete begann die Partei im Jahre 1886 ihren Eroberungszug. Aber erst im Jahre 1893 gelang es, die Wahl von 2 Sozialdemokraten in das Stadtverordnetenkollegium durchzuführen. In den nächsten Jahren siegte wieder die Reaktion, 1897 wurden wieder 2 Sozialdemokraten gewählt. Infolge der späteren Herabsetzung des Zensus auf 800 Kronen und Einführung der Proportionalwahl wurden 1909 20 Sozialdemokraten mit 41 849 Stimmen und 5 Sozialradikale mit 11 530 Stimmen gewählt. Die Antisozialisten erhielten mit 38 000 Stimmen 17 Vertreter. Im Magistrat ist die Sozialdemokratie vertreten mit zwei Bürgermeistern und einem Beisitzer. Der Einzug der Sozialdemokratie ins Rathaus hatte zur Folge wesentliche Verbesserungen im Armenwesen, der Altersversorgung, im Schulwesen. Die Wasserwerke, Gasanstalten, Elektrizitätswerke und Schlachthöfe sind Eigentum der Stadt, auch das Feuerlöschwesen und die Polizei sind kommunale Institutionen. Die städtischen Arbeiter haben den Achtstundentag. Der Straßenbahnbetrieb soll in nächster Zeit von der Stadt übernommen werden u. s. w.

Ueber das innere Leben der Partei in Kopenhagen erfahren wir aus der Festschrift, daß die Kopenhagener Gewerkschaften und der Sozialdemokratische Verband die Besten der gesamten sozialdemokratischen Presse im ganzen Lande sind. Die Gewerkschaften leisten ihren Beitrag zur Wahl von Sozialdemokraten bei politischen und kommunalen Wahlen. Die Gewerkschaften, die Presse und die politischen Organisationen sind die gemeinsamen Besitzer der kooperativen Unternehmungen. Die Kopenhagener Fachvereine haben eine Mitgliederzahl von 60 000 in 160 Vereinen; die sozialdemokratische Organisation zählt 20 000 Mitglieder.

Das größte und älteste kooperative Unternehmen ist das Zentralorgan der dänischen Sozialdemokratie, Socialdemokraten, es hat 58 000 Abonnenten. Das Unternehmen hat sein eigenes Haus, worin auch Gewerkschaftsverbände und die Lebensversicherung der Arbeiter ihre Bureaus haben. Der Ueberfluß des Parteiblattes wird zu Parteizwecken, zur Agitation, zur Errichtung von neuen Blättern in der Provinz — zurzeit 92 Tageblätter — verwendet.

In weiteren kooperativen Unternehmungen sind zu nennen: Die Arbeitergenossenschaftsbäckerei, die 1886 gegründet wurde, um der durch unrentable Brotverkuerung betriebenen Ausplünderung entgegenzuwirken. Der Jahresumsatz der Bäckerei ist 700 000 Kronen. Um das Monopol der Bierbrauereien Kapitalisten zu brechen, wurde auch die Arbeiterbrauerei „Stern“ geschaffen, deren Unternehmen jetzt einen Wert von 255 000 Kronen hat. Die jährliche Produktion beträgt jetzt 38 000 Hektoliter Bier. Es sind in dem Betriebe 150 Personen beschäftigt, deren jährlicher Arbeitslohn über 200 000 Kronen beträgt. Der Transport des Bieres erfolgt durch 31 Pferde und 16 Wagen. Die Arbeiter-Milcherei Einigkeit wurde 1897 wegen eines Streiks bei einer kapitalistischen Firma, die den Arbeitern das Koalitionsrecht verweigerte, ins Leben gerufen. Der Jahresumsatz des Unternehmens ist 8 Millionen Kilo Milch und 85 000 Kilo Butter. Es sind 128 erwachsene Arbeiter und 230 Knaben beschäftigt, die letzteren sind bei der Auslieferung der Milch mitbeschäftigt. Die Arbeitszeit ist 8 bis 9 Stunden, der Lohn der erwachsenen Arbeiter 27 Kronen wöchentlich.

Die Partei besitzt auch 5 Volkshäuser, von denen das in der Nömergade 22 das Hauptquartier der Partei ist. Auch befinden sich dort mehrere Gewerkschaftsbureaus.

Wenn es am Schluß der Festschrift heißt, daß die Kopenhagener Arbeiterichheit stolz auf ihre Errungenschaft sei, so ist das wirklich keine Phrasen — die Tatsachen stellen den Genossen in Kopenhagen, wie sich die Kongreßteilnehmer durch den Augenschein überzeugen konnten, das glänzendste Zeugnis für ihre Wirksamkeit aus.

### Die Eröffnungssitzung des Kongresses

fand am 28. August im Kongreßpalais in der Bredegade unter zahlreicher Beteiligung statt. Die Zahl der Delegierten (887) war so groß, daß für sie der untere Raum des Kongreßsaales nicht ausreichte. Deshalb mußte die dänische Delegation auf der einen Seite der Galerie untergebracht werden. Da sich 125 Pressevertreter eingefunden hatten, die auf der anderen Seite platziert worden waren, blieb für die Zuhörer nur die Mittelgalerie übrig, die von Genossen überfüllt war. Die Eröffnung des Kongresses geschah in höchst eindrucksvoller und feierlicher Weise durch die von dem dänischen Ge-

lassen A. P. M. Ch. er gedächte und von dem Kopenhagener Kapellmeister J. H. M. in Musik gesetzte Kantate. Der Kompost entlieh dazu die Motive nationaler Freiheitslieder, es kommen darin auch der Sopran, Tenor und Bariton vor, zum Schluss bedichtet sich das Ganze zu einem Massengesang der Internationalen. In der Aufführung waren 500 Arbeiterfänger beteiligt, die die Ehre zu schönster Wirkung brachten, die Solisten und die Dirigenten waren vom Hoftheater.

Nach dem ersten Teile der Kantate ergriß Genosse Dr. Bang das Wort, um auszuführen, daß in der Kantate versucht werde, das Gefühl auszubilden, das uns befehle: internationale Brüderlichkeit und Solidarität. Für die dänische Sozialdemokratie sei der Mahnruf des kommunistischen Manifestes: Proletarier aller Länder vereinigt euch! mehr als eine förmliche Redensart. Der Redner entbot schließlich im Namen der dänischen Sozialdemokratie den Delegierten ein herzliches Willkommen. Nachdem der zweite Teil der Kantate unter stürmischer Begeisterung beendet worden war, eröffnete Genosse V. A. B. den Kongreß, worauf Genosse S. A. u. n. i. g. den Kongreß im Namen der dänischen Genossen begrüßte. Die dänischen Genossen seien stolz auf die Ehre, die ihrem Lande durch den Kongreß erwiesen werde. Er gab sich der Hoffnung hin, daß die Beschlüsse des Kongresses uns einige Schritte dem Frieden und der Brüderverbrüderung näherbringen werden. Die dänischen Genossen hätten den herzlichsten Willen, ihren Platz in der Internationalen voll auszufüllen. Dänemark sei nur ein kleines Land, sie hätten also zwar nicht die großen Kräfte an Stimmen und Mitglieder wie die Genossen in anderen Ländern, aber ihre Arbeit sei doch nicht vergebens gewesen. Man könne nicht verlangen, daß die Arbeiter des kleinen Dänemark an der Spitze marschieren sollen, aber man werde sie jederzeit kampfbereit finden und erfüllt von Pflichtgefühl gegenüber ihren Klassen Genossen in den anderen Ländern. In diesem Sinne entbot er dem Kongreß den Willkommensgruß.

Im Namen der sozialistischen Internationale dankte darauf Genosse V. A. B. den dänischen Genossen für ihren brüderlichen Willkommensgruß. Mit dem Beschlusse, diesen Kongreß in Kopenhagen abzuhalten, wolle man der dänischen Bewegung die verdiente Würdigung darbringen, die die fleißigste, ernfteste und unermüdetste in der Internationale sei. Die 98 000 Stimmen, die die dänische Sozialdemokratie bei den letzten Folkethingswahlen erhielt, gewinne ihre Bedeutung erst, wenn man bedenkt, daß neben ihnen in Dänemark 120 000 Gewerkschafter und 120 000 Leser der Parteipresse stehen. V. A. B. bedauerte, daß die dänische Sozialistische Bewegung seit drei Jahren angehalten hat. Die Internationale seien 33 Nationen angeschlossen, sie umfaßt jetzt 8 Millionen Anhänger. Wir seien eine gewaltige und wachsende Macht. Mit wenigen Ausnahmen zeige sich ein ernstliches Anstreben der sozialistischen Parteien, nur in Finnland, Rußland, Ungarn und Argentinien seien Rückschläge erfolgt. Redner gedachte der Veteranen der Bewegung, die an dem Kongresse nicht teilnehmen können: des italienischen Genossen Andrea Costa, der dänischen Genossen Singer und Bebel. Die ehrenden Worte, die er diesen Genossen widmete, fanden stürmischen Beifall.

Die Tagesordnung des Kongresses wurde hierauf wie folgt festgelegt:

1. Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und politischen Parteien.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Schiedsgerichte und Abrüstung.
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeiterschutzesgesetzgebung.
5. Die Organisation einer internationalen Kampfbewegung gegen die Todesstrafe.
6. Vorschläge für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse.
7. Die Organisation der internationalen Solidarität.
8. Resolutionen über die gewerkschaftliche Einheitlichkeit in Oesterreich, über die Einigung in Frankreich, die Lage in Finnland und die Lage in Persien.

Zur Vorbereitung dieser Tagesordnung wurden folgende Kommissionen eingesetzt:

1. für die Genossenschaftsfrage;
  2. für die Gewerkschaftsfrage, für die Vertretung der internationalen Solidarität und die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich;
  3. für Antimilitarismus, Schiedsgerichte und schnelle Ausführung der internationalen Kongressbeschlüsse für den Frieden;
  4. für die Arbeiterschutzesgesetzgebung, ihre Realisation in den einzelnen Ländern und die Frage der Arbeitslosigkeit;
  5. für die Resolutionen, die französische Resolution über die sozialistische Einigkeit, die Resolution über die Todesstrafe, über Finnland, Persien, Argentinien u. s. w.
- Damit war die erste Sitzung beendet. Die nächste konnte, da sich die Arbeit der Kommissionen in die Länge zog, erst Donnerstag den 1. September stattfinden.

**Der Festzug und das Volksfest im Park Söndermarken.**

Am Nachmittag des 28. August formierte sich die organisierte Arbeiterschaft zu einem Festzuge, der den Zweck hatte, daß die Mitgliederzahlen der Kopenhagener Arbeiterorganisationen nicht nur auf dem Papier stehen. Der gewaltige Zug bewegte sich zur Jubiläumsschau des sozialistischen Tages von dem Reichsverband zu dem Festplatz um 3 Stunden. Voran marschierten die beiden sozialdemokratischen Parteigruppen Kopenhagens, Jensen und Raabjerg, mit ihrem Banner, ihnen folgten die sozialistischen Gruppenmitglieder, Stadterwerblichen und Abgeordneten der Partei, alle buntegeschmückt. An der Spitze des Zuges wanderten drei weiße Banner getragen, deren Aufschriften waren: Es lebe die Internationale! Es lebe das internationale Proletariat! Es lebe die internationale Verbrüderung der Arbeiter gegen den Kapitalismus! 15 Redner marschierten im Zuge. Zahlreiche Schaulustige folgten dem Zuge, der sich umgeben von tausenden sah. Der Festzug wurde im großen weißen Saal der Kongresshalle, dessen 4 rote Säulen von vier Kolonnen gehalten wurden. Die Aufsicht des Saales wurde in großer Anzahl durch die Internationale der Metallarbeiter 5000 Mitglieder zum unmittelbaren Zweck dieser Kongressfeierlichkeiten im öffentlichen Lokale der Metallarbeiterorganisationen zum Internationalen Sozialistischen Kongreß nach und nach kamen die einzelnen Gruppen der Kopenhagener Metallarbeiter mit 22 Bannern. Wenn die Festzug der Eisenbahnarbeiter die im Zuge marschierenden Post- und Eisenbahnbeamten in ihrer Uniform

gesehen hätte, wäre ihm sicher der Schrecken in die Glieder gefahren. Allein in dem „wilden“ Dänemark betrachtet es jedermann als eine Selbstverständlichkeit, daß auch der Staatsbeamte die selben Rechte hat wie ein Minister. Auch Soldaten waren im Zuge. Die Bevölkerung Kopenhagens brachte den Teilnehmern des Zuges allenthalben die warmste Sympathie entgegen. Viele Häuser, ja ganze Straßen waren prächtig geschmückt, aus den Fenstern regnete es Blumen. Es war ein förmlicher Triumphzug. Das Volksfest im dem städtischen Park Söndermarken nahm ebenfalls einen prächtigen Verlauf. Es nahmen daran mindestens 100 000 Personen teil. Von ausländischen Genossen wurden an die Versammelten Ansprachen gehalten, die begeisterten Wiederhall fanden.

**Die Erledigung der Tagesordnung des Kongresses.**

Wir können bei dem beschränkten Raume, der uns zur Verfügung steht, nur summarisch berichten, auch hatten wir uns nicht an die Reihenfolge, wie die einzelnen Punkte vom Kongreß erledigt wurden. Wie schon oben angedeutet, konnte die zweite Plenarsitzung erst am Donnerstag den 1. September stattfinden. Es stand da zur Verhandlung

**Die Arbeitslosigkeit,**

wozu die vierte Kommission folgende Resolution in Vorschlag brachte:

„Der Kongreß stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist und daß sie nur mit dieser verschwinden wird. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um ihre Milderung und um die Umkehrung ihrer Folgen handeln.“

Der Kongreß fordert die von den Arbeiterorganisationen vermittelte, allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.

Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen von den öffentlichen Gewalten fordern:

1. Genoue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit.
2. In ihrem Umfange ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Vergütung der von den Gewerkschaften anerkannten Löhne.
3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosen während der Krise.
4. Keine Leistung an Arbeitslose darf eine Minderung ihrer politischen Rechte zur Folge haben.
5. Errichtung und Unterhaltung von Arbeitsnachweis-Einrichtungen, in denen die Freiheiten und die Interessen der Arbeiter durch die Gewerkschaften gewahrt werden.
6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen.
7. Bis zur Verwirklichung der allgemeinen, öffentlich-rechtlichen, obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern.“

Die Resolution begründete Genosse Dr. Adoff Braun (Wien). Die Arbeitslosigkeit sei eine in das Leben der Arbeiterklasse tief einschneidende Krankheit. In der kapitalistischen Gesellschaft könne sie nicht beseitigt werden, aber wir müssen alles tun, um sie zu mildern. Bisher haben die Gewerkschaften allein die Lasten dafür auf sich genommen. Sie haben dafür mehr ausgegeben als für den Kampf gegen das Kapital. Es müsse eine öffentlich-rechtliche, allgemeine und obligatorische Arbeitslosenversicherung durch den Staat geschaffen werden. Die jetzige Gesellschaft solle leisten, was ihre Pflicht ist. Das Recht auf Arbeit könne man aber von ihr nicht fordern, dadurch könne die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Das sei nur möglich durch Abschaffung des Kapitalismus. Redner ging auf die einzelnen Absätze der Resolution näher ein. Die Resolution stelle ein Kompromiß dar, denn im Grunde sei niemand mit ihr ganz einverstanden.

Die englische Delegation ließ durch Macdonald erklären, daß sie der Resolution nicht zustimmen könne, da sie ihr zu schwach sei. Es hätte in erster Linie das Recht auf Arbeit gefordert werden müssen. Die Engländer müßten entweder gegen die Resolution stimmen oder sich der Abstimmung enthalten.

Nachdem der Kongreß dem Internationalen Bureau das Recht erteilt hatte, an der Resolution redaktionelle Änderungen vorzunehmen, wurde sie bei Stimmhaltung der Engländer mit großer Mehrheit angenommen. Wir wollen hier auch gleich bemerken, daß die deutsche Delegation mit der Resolution ebenfalls nicht zufrieden war, besonders der Absatz 2 ist es, der die größten Bedenken hervorrief. Genosse Leibart gab diesen auch in der Sitzung der deutschen Delegation Ausdruck.

**Arbeiterschutzesgesetzgebung.**

Diese Materie war der vierten Kommission zur Vorbereitung überwiesen worden. Sie legte dem Kongreß folgende Resolution vor:

„Die mit der Entlohnung der kapitalistischen Produktion gebrachte Anhebung der Arbeiter führte zu dem Verlust der Einigkeit der Arbeiterschutzesgesetzgebung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig werden.“

In diesem Sinne wurde die Schutzesgesetzgebung, was auch nur aus dem Interesse der Arbeiter dringend geboten ist und was ohne Entlohnung der Arbeiter gegeben werden kann.

Der Kongreß räumt an folgende Punkte der Arbeiterschutzesgesetzgebung im allgemeinen schon durch den Pariser Kongreß von 1889 für alle Arbeiter ohne Unterscheid des Geschlechts erhabenen Mindestforderungen:

1. Einen höchstens achtstündigen Arbeitstag.
2. Verbot der Nachtarbeit für Kinder unter 14 Jahren.
3. Verbot der Nachtarbeit, außer wenn sie wegen der Natur der Arbeit aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Gesundheit gezwungen werden muß.
4. Eine monatliche Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
5. Verbot des Zwangsarbeitens.
6. Sicherstellung des Sozialversicherungsrechts.
7. Eine wirksame und durchsetzbare Inspektion der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe unter Aufsicht der durch die Arbeiter gewählten Personen.

Der letzte der Pariser Kongreß zur Folge, daß 1890 in Berlin und 1906 in dem Arbeiterschutzeskongressen der Arbeiterorganisationen und internationale Verbindungen für Arbeiterschutzesgesetzgebung gebildet wurden, aber trotz der vielen Verhandlungen wurden sehr wenig positive Leistungen durch die Gesetzgebung geschaffen, weil die herrschenden Klassen in der Bestimmung, daß die Arbeiterunterstützung durch den Arbeiterschutzesgesetzgebung, und das was durch den Arbeiterschutzesgesetzgebung im letzten Lande, irgend im Arbeiterschutzesgesetzgebung ist, die Bestimmung der Gewerkschaften und Leistungsfähigkeit der Arbeiter der allgemeinen Kultur und auch der Unterhaltungsleistungen einen Vorteil bringt.

Um ein Verbot der Arbeiter in Fabriken zu verhindern, forderte der Kongreß in Amsterdam 1904, daß unter hoher Strafbewohnung durch die Arbeiter und bei gleichzeitiger Behauptung der Angehörigen der herrschenden Klassen in allen Ländern Erbschaften geschaffen werden, die ausreichende Gelder und Hilfsmittel den Kranken, Verletzten, Invaliden und Alten gewähren, die den Schwangerschafts- und Pensionsleistungen die nötige Hilfe bringen, die für

das Gedeihen des Säuglings und der Mutter geboten ist und die die Witwen und Waisen sowie die Arbeitslosen vor Not bewahren. Die bestehenden Arbeiterschutzes- und Arbeiterschutzesgesetzgebung genügen keineswegs den ebenso notwendigen wie berechtigten Anforderungen der Arbeiter. Insbesondere schütlos sind die in der Land- und Wirtschaft beschäftigten Arbeiter. Nur durch nachhaltiges Drängen der Arbeiter kann mehr erreicht werden.

Der Kongreß fordert deshalb die Arbeiter aller Länder auf, sie mügen in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft oder in anderen Arbeitszweigen beschäftigt sein, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen und einen wirksamen Arbeiterschutzes durch unablässige Agitation und durch mächtigen Ausbau der klassenbewußten Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erörtern.“

Genosse Molénbühr führte in prägnanter Rede aus, die in der Resolution enthaltenen Forderungen seien die besten Forderungen für alle Arbeiter. Der Einwand der Gegner, die Konkurrenzfähigkeit des Landes leide unter solchen Arbeiterschutzesgesetzgebung, sei hinfällig. Aber selbst wenn dies wahr wäre: die Gesundheit der Arbeiter stehe höher als der Profit. Die Kosten für die Versicherung der Arbeiter gegen unermessliches Unglück, Schutts und Hilfe für die Kranken, Invaliden und Alten, für die Arbeitslosen, Witwen und Waisen müsse die ganze Gesellschaft tragen; bisher seien sie den Vermittlern und Gläubigern aufgebürdet worden. Der Widerstand der Unternehmer gegen unsere Forderungen müsse gebrochen werden. Wenn die Arbeiter aller Länder zusammenstehen, werden sie das Ziel erreichen und ihre Ideale verwirklichen. — Molénbühr erntete für seine Ausführungen stürmischen Beifall.

Die Engländer reichten hier eine Zusatzresolution zur Arbeitslosenfrage ein. Nach dem Referat Molénbührs wurde auf Antrag die Diskussion geschlossen, wegen der Engländer protestierten. Die Resolution der Kommission wurde darauf mit großer Mehrheit gegen die Engländer angenommen. Die Zusatzresolution der Engländer zur Arbeitslosenfrage wurde dem Internationalen Bureau zur weiteren Behandlung überwiefen. (Schluß folgt.)

**Eine Festigung der Metallarbeiter.**

Der Vorstand des Dänischen Schmiede- und Maschinenbauerverbandes hat bei Gelegenheit des Internationalen Sozialistischen Kongresses einen neuen Beweis seiner schon bisher rühmlichst bekannten Gutsfreundschaft gegeben. Er hatte für Dienstag den 30. August die Vertreter der ausländischen und der dänischen Metallarbeiterorganisationen beim Internationalen Sozialistischen Kongreß zu einer Festlichkeit in den Seapavillon eingeladen. Als Vertreter solcher Organisationen waren erschienen aus Belgien: G. Solau, England: Barnes, Finnland: Gaapalainen, S. Salmann, Norwegen: J. Borgen, A. Namodt, M. Ormestad und D. Lian, Schweiz: Aug. Guggler, Schweden: E. Blomberg, Th. Johansson, Chr. Sjöström, A. Hansen, Deutschland: D. Franz, D. Severing, A. Brandes, R. Wisfoll, A. Cohen, A. Weisig, G. Reichel, J. Scherm (vom Deutschen Metallarbeiterverband); Wassner und Ramps (vom Schmiedeverband), Osterreich: E. Gyner, Fr. Domes, Fr. Hautenkrantz, G. Smutny, G. Beer, Aug. Sigl, J. Safranek, J. Westka, Dänemark: Fr. Petersen (Verein der kommunalen Maschinisten), G. Andersen, J. Christensen, J. Hartmann, G. Sörensen, A. Wellenberg, J. H. Andersen, D. Frederiksen, D. Olsen, A. Nielsen und L. Christensen (verschiedene kleinere dänische Metallarbeiterorganisationen), Valb. Olsen, J. A. Hansen, A. Johansen, A. Lundbøge, Ch. Segato, D. Smith, V. Walther, A. Rirkelkerp, Jul. Grifsen, P. Andersen, V. Sörensen, Fr. Frederiksen und A. Michelsen (vom Vorstand des Dänischen Schmiede- und Maschinenbauerverbandes), N. Jacobsen, J. J. Samuelsen und Fr. Sörensen (Delegierte dänischer Metallarbeiter), A. Stilling und G. Christensen (Revisoren im Dänischen Schmiede- und Maschinenbauerverband), G. L. Jensen und Chr. Rasmussen. Weiter war als Übersetzer Wilhelm Jansson (Redakteur des Korrespondenzblattes) anwesend.

Nachdem Kollege Hansen, der Vorsitzende des dänischen Schmiede- und Maschinenbauerverbandes, die Delegierten begrüßt und einander vorgestellt hatte, hielt er nach folgende Ansprache:

„Es ist mit dem Abend selbstverständlich nicht die Absicht verbunden, viele oder lange Reden zu halten oder ihn zu einer Festsprache zu machen. Unsere norwegischen Kollegen hatten mir vor dem Kongreß vorgeschlagen, die Gelegenheit zu benutzen, eine internationale Konferenz zusammenzubringen, aber wir haben gemeint, diesem Wunsch nicht nachkommen zu sollen, weil wir fast unmittelbar vor dem Internationalen Metallarbeiterkongreß in Birmingham stehen und weil wir leider hier unter uns heute Abend den Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, den Kollegen Alexander Schlicke, vermissen. Dies müssen unsere deutschen Kollegen natürlich nicht so auffassen, als ob wir uns nicht hinreichend über die Anwesenheit der Erschienenen freuen. Es ist mir eine Freude gewesen, jeden einzelnen der anwesenden Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes als guten alten Freund und Bekannten begrüßen zu können, deren Lebenswürdigkeit ich oft bei meinen Reisen in Deutschland erfahren und erprobt habe.“

Ich habe es also nicht als zweckmäßig erachtet, unter den genannten Umständen eine internationale Konferenz einzuberufen. Ich benutze jedoch gern die Gelegenheit, einige Worte über unsere hiesigen Verhältnisse zu sagen, die für die vielen erschienenen Metallarbeitervertreter von Interesse sein dürften. Wenn ich Ihnen heute Abend eine Reihe Namen von Vorsitzenden der hiesigen kleineren Metallarbeiterorganisationen nenne und Ihnen diese Kollegen vorgestellt habe, so will ich hinzufügen, daß sich ein näheres Zusammenwirken zwischen diesen Organisationen und unserem Verband zu erwünschen beginnt, als es bisher der Fall gewesen ist. Wir haben oft sowohl unsere auswärtigen Bruderverbindungen als auch unsere hiesigen fast zentralisierten Unternehmen der Eisen- und Metallindustrie gegenüber gefühlt, daß uns ein solches intimes Zusammenwirken not tat, und dies hat schließlich seinen Ausdruck in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern unserer Organisationen gefunden, in der die sofortige Einigung eines gemeinsamen Ausschusses beschlossen wurde. Dieser Ausschuss soll einen Entwurf zu Statuten für ein dänisches Metallarbeiterpartei ausarbeiten mit der Aufgabe, den Mangel an Zentralisation abzuheben, den wir, wie schon gesagt, gefühlt haben, sowohl wenn es sich um individuelle wie ausländische Verhältnisse handelte. Wie Sie wissen, zählt unser Verband jetzt 10 000 Mitglieder. Dazu kommen die Partner mit 1350 Mitgliedern, die Neilsenbauer mit 22, die Eisenarbeiter mit 622, die Gold- und Silberarbeiter mit 279, der Eisen- und Metallarbeiterverband mit 369, die Eisen- und Metallarbeiter mit 79, die Arbeiter mit 112 und die Metallarbeiter mit 73 Mitgliedern. Alles in allem hat hier also Vertreter zusammen für jetzt 13 000 dänische Metallarbeiter. Es muß noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß es hier um das Handwerk und die Organisation handelt, während die ungelerten Arbeiter der Eisen- und Metallindustrie, wie ich weiß, jetzt etwa 100 000 zählen. Dies wollen wir indessen wahrscheinlich aus folgenden Gründen eine Aktion der hiesigen allgemeinen Arbeiterorganisationen durchführen. Dieser kann besondere Verhältnisse der für die Organisation der Arbeiter, die eine Sonderstellung einnehmen unter den Arbeiterorganisationen. Der saurebittere Geschmack, einnehmen der Organisation der Arbeiter zählt etwa 1100 Mitglieder.“

Es leben alle, das wir daran denken, die verschiedenen Organisationen innerhalb der Metallindustrie noch weiter zu unterstützen. Einmaliges darüber, ob dies gelingen wird, kann ich

Selbstverständlich nicht sagen, aber die Situation dafür dürfte infolge der starken Zentralisation der Unternehmer recht günstig sein. Dazu kommt noch, daß wir vor einem Termin stehen, zu dem Verträge, die eine Menge Arbeiterorganisationen umfassen, gefündigt werden können. Die Zahlen vielleicht bekannt sein wird, jähren die zentralisierten Fachverbände Dänemarks 100 000 Mitglieder, und in den nächsten Monaten bis zum Ablauf des Jahres 1911 können im ganzen Verträge, die zirka 50 000 Fachverbandsmitglieder umfassen, gefündigt werden. Sie werden einsehen, daß eine solche Lage schwierig ist und eine feste und planmäßige Leitung erfordert, falls es nicht so gehen soll, wie unsere heimischen Unternehmer auch bei dem geringsten Anlaß es zu erreichen suchen, nämlich: es zum entscheidenden Kampfe zu bringen, in dem sie imstande sein könnten, mit allen zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln den organisierten Arbeitern und ihren Organisationen eine empfindliche Schlappe beizubringen.

Es handelt sich also für uns darum, daß die Arbeiterorganisationen der Eisen- und Metallindustrie auf dem Wege der Verhandlung die nötigen Verbesserungen erreichen; denn kommt es so weit, daß wir zum Kampfe schreiten müssen, um die Vorteile zu erlangen, die mit Rücksicht auf die teureren Zeiten und die ganze für die Arbeiter in gesellschaftlicher Beziehung ungünstige Lage notwendig erscheinen, so wird es leicht ein alles umfassender Kampf.

Abgesehen von diesen kleinen Bemerkungen will ich Sie mit unseren organisatorischen Angelegenheiten nicht weiter belästigen. Ich gebe mich der Erwartung hin, daß Sie sich heute bei uns recht wohl fühlen. Selbstverständlich ist das Wort frei, falls der eine oder der andere der Kollegen etwas auf dem Herzen haben sollte, was er gern sagen möchte; aber Sie müssen die Lage nicht so aufpassen, als ob Sie die Pflicht hätten, Reden zu halten. Ich möchte meine Bemerkungen mit einem hochschönen und Sie erziehen, in ein dänisches Hurra mit einzustimmen für eine Institution, um die wir uns alle vereinen können, nämlich für den Internationalen Metallarbeiter-Bund, in der Hoffnung und der festen Überzeugung, daß er in Zukunft wie bisher dazu beitragen möge, die Bruderorganisationen in ihren Aktionen in den verschiedenen Ländern zu stärken. Und ich bitte Sie, in dieser Verbindung sich auch unseres abwesenden Sekretärs, des Kollegen Alexander Schilde, erinnern zu wollen, und damit: Der Internationalen Metallarbeiter-Bund, er lebe! Hurra!

Die Delegierten stimmten in dieses Hurra, das in Standinavien ja nicht einen so morbepatriotischen Beigeschmack hat, mit freudigen Herzen ein. Kollege Reichel dankte darauf im Namen aller Delegierten für die freundliche Einladung zu dem Feste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Dänemark die Arbeiterbewegung wie bisher kräftig vorwärts schreiten möge auf dem Wege zur Erreichung unserer Ziele. Was wir in den wenigen Tagen unseres Aufenthaltes in Kopenhagen gesehen und erlebt, übertraf alle unsere Erwartungen, es beweise das, daß die Bewegung in Dänemark auf einer gesunden Grundlage beruhe, daß sie tiefe Wurzeln gefaßt und sich der Achtung der Bevölkerung erfreue. Sein Hoch gelte dem ferneren kräftigen Wachsen und Gedeihen der Arbeiterbewegung Dänemarks, im besonderen der der Metallarbeiter.

Kollege Lomberg (Schweden) erklärte, daß er es für seine Pflicht halte, diese Gelegenheit zu benutzen, den ausländischen Kollegen herzlich zu danken für die wirksame Unterstützung und Sympathie, die sie den schwedischen Kollegen bei ihrem letzten schweren Kampfe durch den Internationalen Metallarbeiter-Bund zuteil werden ließen. Er schilderte ferner in kurzen Zügen den großen Kampf in Schweden und die Stellung des Schwedischen Metallarbeiter-Verbandes darin. Es sei ihnen gelungen, den Angriff der Unternehmer zurückzuweisen, die Eisenwerke hätten ohne Bedingungen für die Arbeiter die Auslieferung aufheben müssen. Dieser Erfolg für die Arbeiter habe nur durch die wirksame Unterstützung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes erreicht werden können. Dagegen gelte sein Glückwunsch dem ferneren Gedeihen der Metallarbeiter-Internationalen.

Kollege Barnes (England) bemerkte, die meisten Leiter der englischen Metallarbeiterorganisationen hätten eingesehen, daß die Zersplitterung der englischen Metallarbeiter in so viele Vereine aufhören müsse, Kollege Beer (Österreich) zeigte an dem böhmischen Beispiel, wofür der Separatismus führe: zur Schwächung der Arbeiter, zur Stärkung der Unternehmer. Die Parole müsse deshalb sein: Einigkeit und enger Zusammenschluß der Metallarbeiter jedes Staates. Kollege Cohen würdigte in humorvoller Rede den Verlauf des Abends, womit der „offizielle“ Redestrom verließ war.

Wir verließen nicht, den Kopenhagener Freunden auch an dieser Stelle herzlich zu danken für die Liebe und Aufmerksamkeit, womit sie die ausländischen Kollegen im wahren Sinne des Wortes überhäuft haben.

## Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften Deutschlands.

### Verhandlungen in Sicht! Verhandlungen gescheitert!

Das waren die vielversprechenden Ueberschriften, die bürgerliche Blätter am Anfang dieses Monats in ihren Morgen- und Abendausgaben wählten, um aus „zuverlässiger“ Quelle über den derzeitigen Stand der Werftarbeiterbewegung zu berichten. In ihrer prägnanten Kürze beruhen auch die Ueberschriften auf Wahrheit, was man von den unter ihnen gemachten Ausführungen nicht weiter behaupten kann. Wahr ist, daß Verhandlungen, nein — betwahrte Gott die Werftarbeiter vor solcher Entgleisung —, daß Besprechungen der Seeschiffswerften mit den Arbeiterorganisationen zugefaßt waren, umwaß ist aber, daß die organisierten Arbeiter solche Verhandlungen nachgesucht hätten. Eine dritte unbeteiligte Person hatte das getan, und die Arbeiter hätten sich ebenso wie die Unternehmer dazu bereit erklärt. Die Unternehmerpresse, die, vom Wolffschen Telegraphenbureau bedient, erst die Arbeiter hatte Verhandlungen nachsuchen lassen, sucht diesen Schwindel nun zu berichtigen, indem sie die Initiative Arbeitern der Kaiserlichen Werft Kiel zuschreibt, aber es unterläßt, zu erklären, wie sich diese Lesart mit der ersten Nachricht verträgt und ob es sich um Mitglieder der beteiligten Arbeiterorganisationen handelt. Ein Teil der bürgerlichen Presse hat ferner behauptet, es seien ausgesperrte Arbeiter Werftarbeiter gewesen, die die Anregung zu einer Vermittlung gegeben hätten. Auch das ist nicht wahr. Der Zweck dieser Uebung ist aber zu durchsichtig, als daß man dabei länger verweilen möchte. Den Unternehmern ist jede Einmischung bitter unangenehm; sie möchten sie von vornherein ausgeschaltet wissen, und deswegen sprengen sie durch die ihnen nahe liegende Presse Gerüchte in die Welt in der Hoffnung, daß nur die Arbeiter die eigentliche Vermittlungsperson preisgeben und ihr so das Vermitteln oder — wie es im Unternehmernargon heißt — die unbedenkliche Einmischung ein für allemal zu verleidern. Damit haben die Unternehmer bei den Arbeitern aber kein Glück. Tatsache ist und bleibt aber, daß auf Veranlassung einer dritten unbeteiligten Person, die sich nicht zu den Arbeitern, am allerwenigsten zu den Organisierten, rechnet, die Anregung gegeben wurde.

Tatsache ist ebenfalls, daß sowohl die Arbeiter wie auch die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften dem Vermittler eine Zusage erteilte, wie nachstehende Erklärung der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften erkennen läßt:

„Die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften ist bereit, mit der Vertretung der Arbeiterverbände wie im Jahre 1907 zusammenzutreten, um die untern 11. Juli ds. Js. eingereichten Forderungen zu besprechen.“

Diese Mitteilung unterscheidet sich insofern von der früheren, als sie eine Zusammenkunft zum Zwecke der Besprechung der von den Arbeitern gemachten Vorschläge in Aussicht stellt, während bekanntlich nach dem früheren Schreiben die Unternehmer nur in einer solchen Zusammenkunft ihren ablehnenden Standpunkt erläutern wollten. Die Arbeitervertreter standen nun vor der folgenschweren Entscheidung, entweder die Sache auf sich beruhen zu lassen oder weiter zu verjagen. Sie entschieden sich für das Letztere, weil sie grundsätzlich keine Gelegenheit unbenutzt vorbeistreichen lassen, die die Möglichkeit zu einer Verständigung bietet. Im Auftrag der acht in Frage kommenden Organisationen richtete unser Verbandsvorsitzender, Kollege Schilde, an die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften das folgende Schreiben:

Hamburg, den 26. August 1910.  
An den Vorsitzenden der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften  
Herrn Dr. ing. Hermann Blohm in Hamburg.

Unter Bezugnahme auf eine dem Herrn . . . . . von der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften gemachte Mitteilung, der zufolge sich die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften bereit erklärt, mit Vertretern der Arbeiterverbände in eine Besprechung der untern 11. Juli ds. Js. vom Unterzeichneten namens der auf den Seeschiffswerften vertretenen acht Arbeiterverbände eingereichten Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse einzutreten, erlaube ich mir hierdurch namens der in Betracht kommenden Arbeiterverbände die ergebene Anfrage, ob die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften diese Zusage den genannten Verbänden gegenüber aufrecht erhält. Gleichzeitig gestatte ich mir zu bemerken, daß nach Ansicht der den genannten Verbänden als Mitglieder angehörenden Arbeiter eine solche Besprechung, wenn schon unter Hinzuziehung von Arbeitern, nur mit den von den Arbeitern eigens zu diesem Zweck gewählten Vertretern stattfinden sollte, weil die von den Werften hinzugezogenen Arbeiter nicht als Vertrauenspersonen der Arbeiter, sondern als solche der Werften vom Gros der Arbeiter betrachtet werden. Als nach den Verhandlungen im Jahre 1907 die Vertreter der Arbeiterverbände die Arbeiter zur Anerkennung der damals getroffenen Vereinbarungen zu bestimmen suchten, erwuchsen Ihnen gerade aus der von den Werften beliebten Hinzuziehung von Arbeitern ganz besondere Schwierigkeiten, und würde ein in gleicher Weise erfolgende Hinzuziehung von Arbeitern diese Schwierigkeiten bei der vollständig geänderten Sachlage nur vergrößern. Diese zu erwartenden Schwierigkeiten sowie auch die weitere Schwierigkeit, die sich einer Wahl im gegebenen Moment entgegenstellen dürfte, läßt uns der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften der Vorschlag unterbreiten, auf eine Hinzuziehung von Arbeitern bei der in Aussicht gestellten Aussprache zu verzichten und diese Aussprache nur mit Vertretern der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen stattfinden zu lassen.

Einer heftigsten Gegenaufklärung an die unten angegebene hiesige Adresse entgegensehend zeichne

Hochachtungsvoll  
Namens der auf Werften vertretenen Gewerkschaften  
Alexander Schilde.

Darauf rief der Sekretär des Verbandes der Eisenindustrie unsern Verbandsvorsitzenden telephonisch an und ersuchte ihn um eine persönliche Aussprache, weil er von Herrn Blohm dazu beauftragt sei. Diese Aussprache wurde ihm natürlich gewährt und fand dann noch am selben Vormittag im Beisein des Kollegen Schulz von unserm Verband und des Vorsitzenden Lange vom Verband der Schmiede statt. Der Sekretär der Unternehmer, Herr Thielow, betonte, daß er die Aussprache lediglich als unverbindliche und informativische Besprechung betrachte, für beide Teile Vertrauenssache und auf keinen Fall für die Presse bestimmt sei. Unter dieser selbstverständlichen Voraussetzung ließen sich auch die Arbeitervertreter auf die Unterredung ein und gaben Herrn Thielow die gewünschte Auskunft. Am Schluß der ersten Aussprache verabredete man noch eine möglichst baldige Uebermittlung der Entscheidung der Unternehmer, damit Schilde seine einmaligen Reisedispositionen danach treffen könnte. Da die Unternehmer erst am 30. August Sitzung hatten, traf denn diese Benachrichtigung am 31. früh telephonisch ein durch Uebermittlung folgenden Beschlusses der Unternehmerorganisation:

„Die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften ist bereit, auf den Vorschlag einzugehen, mit den Vertretern der genannten acht Arbeiterorganisationen zusammenzutreten unter der Hinzuziehung von je einem Vertreter der Hirsch-Dunderschen, der Christlich-sozialen Gewerkschaften und drei Vertretern der nationalen Arbeitervereine der Werften. Am Mittwoch den 7. September, morgens 10 Uhr, sind wir für eine Zusammenkunft im Lokale des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona bereit.“

Auf die telephonische Antwort Schildes, daß so wohl die Sache kaum zu arrangieren sein würde, schlug Herr Thielow vor, nochmals zu einer Besprechung zusammenzutreten. Auch das geschah noch am gleichen Vormittag unter Teilnahme von Schilde und Schulz von unserm und Becker vom Holzarbeiterverband. Herr Thielow legte den schriftlich fixierten Beschluß der Unternehmer vor. Von Arbeitervertretern wurde nochmals der Standpunkt vertreten, daß die Zusammenziehung und Auswahl der Vertreter jeder Partei Sache dieser Partei selbst sein müsse, und so wenig wie die Arbeiter sich herausnehmen, den Unternehmern vorzuschreiben, wenn sie zu ihren Verhandlungen hinzuzuziehen haben, käme es den Unternehmern zu, den Arbeitern ihre Vertretung vorzuschreiben. Abgelehnt wurde vor allen Dingen die Hinzuziehung der nationalen Arbeitervereine mit dem Hinweis, daß die Mitglieder dieser zurzeit auf den Werften weiterarbeiteten, an der Bewegung gar nicht beteiligt, sondern Gegner der Gewerkschaftsbewegung seien. Der Vorschlag der Arbeiterorganisationen, auf die Hinzuziehung der Arbeiter diesmal zu verzichten, sei gerade deshalb gemacht worden, weil man an der Bewegung unbeteiligte und sogar ihr feindlich gegenüberstehende Arbeiter und deren Vereine nicht als Vertreter der Arbeiter, sondern der Unternehmer betrachten müsse, und wenn die Unternehmer, nachdem sie sich vorher auf Hinzuziehung dieser Art Arbeiter verzichtet haben, . . . Vertrauensmänner in den Vertretern der nationalen Arbeitervereine zur anderen Zureicherbringungen suchen, so beweisen sie, daß ihnen an den Verhandlungen nichts gelegen sei und sie die darauf gerichteten Bestrebungen zum Scheitern bringen wollten. Im übrigen stünden die Arbeiterverbände auf dem Standpunkt, daß bei Vorschlägen der Arbeiter an die Unternehmer nur die direkt Beteiligten sich auszusprechen hätten. Neben diesen grundsätzlichen Momenten wurden dann auch noch einige Vertommnisse aus der Arbeiterbewegung zur Beurteilung des Standpunktes herangezogen und die Erklärung abgegeben, daß die beteiligten Gewerkschaften dieser Zumutung gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen dürften. Man verabredete noch, die etwaige Entscheidung sämtlicher beteiligter Gewerkschaften Herrn Thielow ebenfalls mitzuteilen, was dann auch am folgenden Tage

nach der Sitzung der beteiligten Verbandsverbände geschah durch folgende Erklärung:

„Die an der Einreichung der Vorschläge vom 11. Juli 1910 beteiligten acht gewerkschaftlichen Zentralverbände halten nach wie vor daran fest, daß eine Aussprache über die genannten Vorschläge im gegebenen Moment nur zwischen den direkt Beteiligten selbst, also der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften als der Empfängerin und Vertretern der acht gewerkschaftlichen Zentralverbände als den Veranlassern der genannten Vorschläge, stattfinden könne.“

Mit dem von der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften für eine Zusammenkunft in Aussicht genommenen Zeitpunkt und Ort sind die in Betracht kommenden Gewerkschaften einverstanden.“

Diese Erklärung wurde Herrn Thielow telephonisch sowie schriftlich übermittelt. Die Unternehmer hatten es aber offenbar sehr eilig mit dem Abbruch der Verhandlungen. Schon ehe sie in Besitz der mündlichen Erklärung waren, hatten sie das Wolffsche Telegraphenbureau davon in Kenntnis gesetzt, daß anfangs nächster Woche Verhandlungen auf Antrag der streikenden Werftarbeiter stattfinden würden, und wenige Stunden nach Uebermittlung der schriftlichen Erklärung der Arbeiterorganisationen brachten schon die bürgerlichen Zeitungen die folgende Notiz:

„Arbeiter der Kaiserlichen Werft, Kiel, haben kürzlich vertraulich versucht, eine Besprechung zwischen den ausländischen Arbeitern und den Seeschiffswerften vorzubereiten, zu der sich die Werften auch auf der Basis der 1907 geführten Verhandlungen bereit erklärten. Hierauf erging von dem Vorsitzenden des Metallarbeiter-Verbandes eine Anfrage an den Vorsitzenden der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, ob die Werften bereit seien, in eine Besprechung mit den Vertretern der Arbeiterverbände einzutreten, und zugleich die Anregung, auf die Hinzuziehung von Arbeitern für die Aussprache überhaupt zu verzichten und diese nur zwischen den Vertretern der beteiligten Arbeitgeber- und der Arbeitnehmer-Organisationen stattfinden zu lassen. Dies Verlangen wurde mit Schwierigkeiten begründet, die bei den Verhandlungen von 1907 durch Hinzuziehung der von den Werften gewählten Vertreter ihrer Arbeiter entstanden seien. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, während des Streiks geeignete Vertreter der Arbeiter auf den Werften zu bestimmen, hat die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften daraufhin erklärt, sie sei bereit, am Mittwoch den 7. September mit den Vertretern sämtlicher acht Arbeiterorganisationen zusammenzutreten, jedoch unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Hirsch-Dunderschen, der Christlich-sozialen Gewerkschaften und dreier Vertreter der nationalen Arbeitervereine auf den Werften. Die angreifenden acht Arbeiterorganisationen haben heute den Vorschlag der Werften abgelehnt, so daß die in Aussicht genommene Besprechung nicht stattfinden wird. Eine Erklärung für dieses Verhalten ist nur darin zu finden, daß die freien Gewerkschaften alle anderen Arbeiterorganisationen ausschalten wollen.“

Erst am 6. September, als Kollege Schilde schon wieder nach Stuttgart gereist war, jahren die Unternehmer sich veranlaßt, ihm eine schriftliche Antwort zu übermitteln.

Das Komödientenspiel der Unternehmer ist denn doch zu durchsichtig, als daß ein vernünftiger Mensch darauf noch hereinfallen dürfte. Nur ungern sind die Unternehmer an den Vorschlag einer Aussprache herangegangen. Da die öffentliche Meinung sich gegen sie wenden dürfte, haben sie sich einbar die Sache mitgemacht. In einer Aussprache über die Vorschläge konnte ihnen nichts gelegen sein, weil ja dann auch die Öffentlichkeit ihre inneren Gedanken erfahren haben würde. Das mußte vermieden werden, weil ja dadurch die Position der Arbeiter steigen könnte. Man ist nämlich auch im Unternehmerlager durchaus nicht einheitslich der Auffassung, daß die Einführung des Neunkundentages zu den Unmöglichkeiten gehört. Andere haben diese Arbeitszeit schon lange und machen sehr gute Erfahrungen damit. Auch die Arbeitsleistung steigt sich und Regiekosten werden gespart. Die Werften wollen das nicht gemerkt haben, dieselben Werften, die während der Krise die Arbeitspreise nach unten regulierten, die sich von der Arbeiter-„geber“-Zeitung habe eine Steigerung der Verdienste vorrechnen lassen und die durch vermehrte Kontrolle eine intensivere Ausnutzung der Arbeitskraft herbeigeführt haben, wollen nichts von einer Zunahme des Ertrags der Arbeit gemerkt haben. — Mag man die Sache betrachten, wie man will — vom Standpunkt der Logik und der Menschlichkeit aus betrachtet, schneiden die Unternehmer in diesem Kampfe höchst ungünstig ab. Das merken sie selber und darum dieses Gaukelspiel, um ihre Schwäche vor der öffentlichen Meinung zu verdecken.

### Die bürgerliche Presse

plantescht jetzt offenbar in Wonne. Sie kommt sich offenbar ungeheuer „wichtig“ vor, da sie jetzt mit direkten oder indirekten Kundengehören der Werftgewaltigen gefüttert wird. Was dann einige Blätter noch aus „Eigenem“ hinzufügen, ist eher alles andere als den Tatsachen entsprechend. Wir können es unterlassen, hier auf alles einzugehen, um so mehr, als die sozialdemokratische Lokalpresse in dankenswerter Weise die Antwort nicht schuldig zu bleiben pflegt. Nur etwas möchten wir hier erwähnen, nämlich das, was einige Blätter über die Weigerung der Gewerkschaftsvertreter zum besten geben. Da ist zunächst die Bemerkung, der ganze Kampf sei von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern lediglich „zu politischen Zwecken angezettelt“ worden und es herrsche weniger die Absicht vor, für die Werftarbeiter wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Sogar als Einleitung für die nächste Reichstagswahlkampagne hat man diesen Kampf schon bezeichnet. Wer die Werftarbeiter, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse und ihr jahrelanges Streben nach deren Aufbesserung kennt, laßt über ein so kindisches Geschwätz. Aber auch wer die Kollegen und Genossen kennt, die an der Spitze unserer Gewerkschaften stehen, weiß, daß es nichts gibt, was ihnen ferner liegt, als solche Machtgelüste. Das alles ist der organisierten Arbeiterschaft viel zu genau bekannt, als daß solche von Unternehmern oder deren Soldlingen inspierten Pressenungebungen irgend welchen Eindruck auf sie machen könnten.

Ferner sei noch ein Beispiel davon erwähnt, wie in dem ehemaligen Bismarckblatte Hamburger Nachrichten die Wahrheit verdreht wird. Das Blatt druckt in seiner Nr. 410 (Abendausgabe vom 2. September) eine Zusammenstellung von Zahlen über die in den einzelnen Seeschiffswerftbezirken beschäftigten Arbeiter und den Prozentsatz davon ab, der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert ist, und knüpft ohne weiteres daran die Bemerkung, „daß die freien Gewerkschaften immer nur einen kleinen Teil der gesamten Arbeiterschaft bilden.“ So etwas von Schwindel ist noch nicht dagewesen. Dabei hat der „Schornstein“, der diese schwindelhafte Zusammenstellung verbrochen hat, noch die Frechheit zu behaupten, er habe einen Teil der von ihm gebrachten Zahlen „den offiziellen Angaben in der Metallarbeiter-Zeitung“ entnommen. Wo die dort wohl stehen mögen? Wir haben vergeblich nach ihnen gesucht. Aber selbst wenn man annehmen will, daß die gebrachten Zahlen richtig seien, so ist es doch ein reichlich starkes Stück, Zahlen, die nur für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gelten, auch gleich auf sämtliche Gewerkschaften zu übertragen, wo doch bekannt ist, daß ungefähr nur die Hälfte der Werftarbeiter Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind. Reüben sich doch auf den Werften viele Tausende von Angehörigen anderer Berufe, auf die der Deutsche Metallarbeiter-Verband gar keinen Anspruch erhebt. Daß man dies aber alles so durcheinanderwirfelt, das ist literarische Glorifizierung!

Die Kirche und die „Christlichen“.

Daß die Vertreter der Kirche und der „Christlichen“ nicht nach dem Broden schnappen, den die Wertgewaltigen ihnen hingeworfen haben, ist ja nicht verwunderlich. Nun können sie sich doch auch einmal wichtig machen. Den Revord an Unfähigkeit muß man allerdings dem Organ des schwarzen Metallarbeiterverbandes zuerkennen. Dieses Blatt macht sich in seiner Nr. 37 regelrecht zum Monitor der Werkunternehmer. Dazu paßt dieses Nach-Arbeiterblatt freilich recht gut.

Die Kirche und die „Christlichen“ mögen doch einmal angeben, wieviele von ihren Mitgliedern an den einzelnen Werkstätten am Kampfe beteiligt sind. Weisheit weisheit, sie dies so hartnäckig? Die (offenbar von Kirch-Zunderscher Seite inspirierte) in Stettin erscheinende Dörsche-Zeitung läßt sich in ihrer Nr. 417 vom 6. September schreiben, daß nicht weniger als 2000 Gewerkschaftsmitglieder an dem Kampfe beteiligt sein sollen. Von den „Christlichen“ sollen nach der Nr. 36 des schwarzen Metallarbeiterblattes etwa 500 mit in den Kampf gezogen worden sein. Wenn man das glauben soll, so ist vor allen Dingen ein genauer und zuverlässiger Nachweis notwendig. Solange der fehlt, ist jedermann berechtigt, so allgemeine Angaben, wie die erwähnten, für Schwindel zu halten.

Keine allgemeine Aussperrung?

Mit der Aussperrung von 300 000 Arbeitern ist es offenbar nichts. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller sah sich veranlaßt, folgendes Schreiben zu versenden: „Berlin W., den 31. August 1910. Holsdamer Straße 134a.“

Verehrliche Redaktion!

Die heutige Morgennummer der in Stettin erscheinenden Okean-Zeitung bringt folgende Notiz:

Die vom Ausschuss des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller in der am 20. August in Berlin abgehaltenen Sitzung zur Unterstützung der Seefahrtsarbeiter in dem Kampf gegen die Forderungen der Werftarbeiter eingesetzte Kommission hat ihre Beratungen beendet. Das Ergebnis derselben ist der dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zu unterbreitende Vorschlag einer sukzessiven Aussperrung der Arbeiter der deutschen Metallbetriebe. Der Ausschuss des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller wird nunmehr in einer neuen Sitzung Ende nächster Woche endgültig beschluß fassen.

Wir stellen fest, daß diese Mitteilung den Tatsachen nicht entspricht, und bitten, aus diesem Grunde diese Notiz nicht weiter zu verbreiten.

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller. Dr. Grabenstedt.

An die allgemeine Aussperrung haben wir von vornherein nicht geglaubt. Die Unternehmer in den Landbetrieben werden sich hüten, ihre Arbeiter auszusperrn, weil Werftarbeiter um Verbesserungen kämpfen, die in Landbetrieben zum großen Teil schon durchgeführt sind.

Streikbrecherfrage.

Nachdem keine weitere Aussperrung mehr zu erwarten ist, machen die Unternehmer verzweifelte Anstrengungen, aus dem deutschen Binnenlande Streikbrecher heranzuziehen. Die Hamburger Niederlage des „Vulkan“ beauftragte einen Agenten, in Rheinland und Westfalen Streikbrecher anzuwerben. Der Streikbrecheragent warb denn auch am 1. September in Barmen 20 Leute an, denen er natürlich nicht sagte, daß sie Streikbrecherdienste in Hamburg leisten sollten, vielmehr redete er ihnen vor, daß die Reise nach Mailand gehen sollte. In der Nacht wurden die Angeworbenen zur Bahn befördert, und als sie am Morgen ausfrühen, waren sie nicht im sonnigen Italien in Mailand, sondern in Wilhelmshaven bei Hamburg, am nördlichen Ufer der Elbe, wo um diese Jahreszeit fast jeder Binnenländer zunächst einen kräftigen Katarth bekommt. Die ausständigen Werftarbeiter haben dem „Vulkan“ einen Strich durch seine betrügerische Rechnung gemacht und den Angeworbenen reinen Wein eingeschenkt, wodurch verhindert wurde, daß sie Streikbrecherdienste leisten. Man sucht mit Vorliebe gekerkerte Arbeiter. Diese braucht man offenbar am nötigsten bei der Schiffsreparaturen. Es sind schon an verschiedenen Orten Streikbrecheragenten aufgetaucht. Bisher haben die Unternehmer mit ihren Ausreisern aber wenig Glück gehabt, denn auch die Streikenden sind auf dem Posten und lassen es nicht an Aufklärung fehlen.

Andechnung des Kampfes.

In Hamburg legten die 12 Arbeiter der Firma Goldschmidt am 3. September die Arbeit nieder, weil ihnen Streikarbeit zugewandt wurde, desgleichen am 6. September die Stahlwerker bei Reichel in Ditteln, 50 an der Zahl.

Auf der Vulkanwerft in Stettin sind ungefähr 1000 Mann in den Streik getreten, so daß jetzt nur noch Meister, Vorarbeiter, Lehrlinge, Sozialisten u. v. w. auf der Werft tätig sind.

Ferner wurde aus Harburg berichtet, daß ebenfalls wegen Zwangnahme von Streikarbeit am 6. September in dem dortigen Betriebe von G. Niemeier, Eisen- und Metallwerke Hamburg-Steinwärd, die Arbeit eingestellt wurde. Die Arbeitsunterbrechung erfolgte geschloffen. Beteiligt sind etwa 180 Arbeiter (Schlosser, Dreher, Formner, Kupfergießerei, Tischler, Fernmacher und Hilfsarbeiter). Nebenfalls werden noch mehrere Harburger Betriebe in Mitleidenschaft gezogen, so daß dringend vor Zugang gewarnt wird.

Sympathieausgehungen.

In vielen Versammlungen der Gewerkschaften des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschloffen unsere Kollegen sich mit dem Kampfe und es zeigt sich eine schon e Sinnlichkeit unserer Kollegen. Wir bedauern, nicht ausführlicher darauf eingehen zu können und was darauf beschließen zu müssen, die Versammlungen einfach so registrieren. Unter den schon früher erwähnten Versammlungen fanden welche statt in Frankfurt a. M. und Umgebung (16 Bezirksversammlungen), Effen, Remscheid, Köln (11 Bezirksversammlungen) und Kassel.

Ferner fand am Nachmittags des 7. September im Gewerkschaftshaus zu Hamburg eine Versammlung der Frauen der streikenden Werftarbeiter statt. Genossin Luise Fick aus Berlin referierte unter großer Beifall über den Kampf auf den Werften und die Stellung der Werftarbeiterinnen dazu.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Unternehmer schon etwas von der bevorstehenden Schwärzung gespürt haben, die an vielen Orten unter unseren Kollegen herrscht und daß dies den Aussperrungsmaßnahmen einen Dämpfer verleiht. In manchen Orten haben die Kollegen schon Reklamationen angemeldet, worin sie sich bereit erklären, Extrarbeitskräfte zu zahlen, obwohl noch niemand welche von ihnen verlangt hat. Besonders hervorzuheben ist eine Reklamation, die die Kollegen bei der Firma Brown, Oberer & Co. in Karlsruhe am 8. September angemeldet haben. Nach einer im ersten Teil der Reklamation enthaltenen Erklärungs-erklärung für die Werftarbeiter lautet der zweite Teil:

„Als hierfür (für die Antwort an die Unternehmer) geeignete Maßnahmen schlägt die Versammlung vor:

- 1. Alle Metallarbeiter leisten von jetzt an pro Woche einen obliquatorischen Beitrag von 1. M.
2. Falls im Mannheimer Industriebezirk die angebotene 60prozentige Aussperrung erfolgt, haben die übrigen 40 Prozent sofort ebenfalls ihre Mündigkeit einzureichen.
3. Für die ersten 14 Tage der Aussperrung verzichten die Aussperrten auf die ihnen zustehende U. Versicherung.“

Zahlen beweisen.

Die Werffirma Blohm & Voß in Hamburg-Steinwärd überreicht der Öffentlichkeit eine Uebersicht über die „wirklichen Verdienste unserer in Streik getretenen Arbeiter“. Sie gibt zunächst die Durchschnittsverdienste aller der Arbeiter bekannt, die im Jahre 1909 länger als 150 Tage beschäftigt waren, ferner die Durchschnittsverdienste derer, die weniger als 150 Tage gearbeitet haben. Mit dieser Gegenüberstellung will die Firma eine Uebersicht über den Einfluß geben, den der Wechsel innerhalb der Arbeiterschaft auf die Verdienste ausübt.

Wir wollen, bevor wir uns mit den Zahlen beschäftigen, darauf hinweisen, daß hier gestrichelt ein Faden weitergesponnen wird, den wir schon in den zwei letzten Nummern unserer Zeitung einer Betrachtung unterzogen. Wir halten dort auch auf das Verhalten der Arbeitgeber-Zeitung aufmerksam gemacht, die tatsächlich vorhandene große Fluktuation in der Beschäftigung der Arbeiter der Neigung der Werftarbeiter zu Feiertagen zuzuschreiben. Wir haben bei dieser Gelegenheit nachdrücklich auf den Charakter der Schiffsbauarbeit hingewiesen, der viele und große Kategorien der Werftarbeiter zu Gelegenheitsarbeitern macht. Wir wollen uns über den erneuten Versuch der Unternehmer — diesmal in der Lohnliste, die den bürgerlichen Zeitungen als Sonderbeilage überlassen ist —, den Wechsel in der Arbeiterschaft auf das Bedürfnis zum Feiern und Bummeln zurückzuführen, nicht entrüsten. Dieser Versuch gibt uns aber willkommene Anlaß, an der Hand der bei der veröffentlichten Lohnliste angewendeten Beweisführung die endgültigen Verdienste der Werftarbeiter in die richtige Beleuchtung zu rücken. Die Firma Blohm & Voß schreibt:

„Diese Verdienste sind nicht durch übermäßige Ueberarbeit erlangt, denn unsere sämtlichen Arbeiter haben in den Geschäftsjahren 1908—1909 und 1909—1910 bei 56 Stunden Normalarbeitszeit im Durchschnitt 56,8 beziehungsweise 57,3 Stunden pro Woche gearbeitet. Während der gesamte Durchschnittsverdienst aller in diesen Jahren beschäftigten Arbeiter ausschließlich der jugendlichen und Lehrlinge pro Woche 31,35 M. oder 1630,20 M. pro Jahr in 1908/09 und 31,60 M. pro Woche oder 1643,20 M. pro Jahr in 1909/10 war.“

Wenn man von diesen Jahresverdiensten hört, möchte es noch leidlich scheinen. Leider hat die Beweisführung ein Loch, das nur recht aufgemacht werden muß, um zu sehen, wie die Dinge wirklich liegen.

Die Liste führt dann alle im Schiffbau vorkommenden Gewerke auf, die Anzahl der Arbeiter, die gearbeiteten Tage, ausbezahlten Gesamtverdienst, Durchschnittsverdienst pro Tag, Verdienst pro Woche, und zwar immer für die, die 150 Tage und länger und für solche, die weniger als 150 Tage gearbeitet haben. Es wird also in dieser Liste der Beweis geführt, was der einzelne Arbeiter pro Woche an Verdienst erzielt hat.

Wenn wir nun angesichts der Deutungsbedingungen auch der Meinung sind, daß Wochenverdienssummen von 22 bis 29 M. dem Arbeiter geblieben die größte Einschränkung diktiert, so brauchen wir gar nicht zu verschweigen, daß ein Wochenverdienssummen von 36 bis 39 M., das immerhin einige Kategorien von Werftarbeitern erzielen, als relativ gutes anzupreisen ist.

Aber Wochenverdienssummen sind noch keine Jahresverdienste, und das im Sommer erzielte Wochenverdienssummen stellt noch lange keinen sicheren Wechsel für das Einkommen etwa im Dezember dar.

Wie gesagt, wir wollten uns nicht entrüsten, aber eine Handlungswiese, wie sie in der Veröffentlichung der Liste zutage tritt, ist mindestens nicht fair zu nennen. In der Liste wird der Durchschnitt der erzielten Wochenverdienssummen genommen und mit 52 multipliziert. So erhält man dann das Durchschnittsjahresverdienssummen.

Nun ist Stetigkeit eine schöne Sache, wir sind aber mehr für die Richtigkeit eingenommen. Wir behaupten: Es gibt für den Werftarbeiter überhaupt kein Jahr, das 52 Einkommenswochen hätte. Ganz abgesehen davon, daß Feiertage und Krankheitsstage und ähnliches Lohn oder Einkommen nicht bringen, sind doch, eben auf Grund der Eigenart des Schiffbauergewerbes, die hauptsächlichsten Kategorien der Werftarbeiter unregelmäßig, vorübergehend beschäftigt. Das Schiff, im Aufbau vollendet, bedarf zu seiner Fertigstellung nicht mehr der Schiffbauer, Kieler und deren Hilfsarbeiter. Selten nur, daß gleich ein neues Schiff auf dem Felde gelegt wird; die aufgeführten Kategorien werden abgestoßen, entlassen, sie warten, bis die Reihe wieder an sie kommt. Das gleiche Spiel finden wir bei anderen Branchen des Schiffbaues.

Der Verfasser oder Verfasserschaft der Liste hat in der ersten Behauptung über die Ereignisse des 4. August übersehen, daß er mit der Gegenüberstellung der ständigen und unständigen Arbeiter, wie wir sie einmal nennen wollen, den vollendeten Beweis erbracht hat, daß die große Masse der Werftarbeiter eben zu den unständigen Arbeitern gehört, als solche mehr oder weniger lange Arbeitslosigkeit durchzumachen hat und gar nicht darauf rechnen kann, in allen 52 Wochen des Jahres den für die betreffende Kategorie angezeigten Wochenverdienst zu erzielen.

Die Liste weiß über diese Dinge folgendes zu erzählen: Während im Schiffbau bei Blohm & Voß im Jahre 1909 ständig, das heißt länger als 150 Tage, 863 Arbeiter beschäftigt waren, sind gleichfalls im Schiffbau weniger als 150 Tage 3514 Arbeiter beschäftigt gewesen. In der Schlosserei waren länger als 150 Tage 317, weniger 711 Arbeiter beschäftigt. In der Kupfergießerei länger als 150 Tage 50, weniger 129. In der Tischlerei länger als 150 Tage 103, weniger 319. In der Sieberei länger als 150 Tage 57, weniger 320 Arbeiter beschäftigt.

Diese Zahlen sagen deutlich, daß ein festes Auf und Nieder im Beschäftigungsgrad vorhanden gewesen sein muß, ein festes An- und Abgehen früherer Arbeitskräfte und ein Abgehen dieser Kräfte, wenn die Arbeit, zu der sie geworden, vollendet war. Diese Zahlen beweisen nur, was der Werftarbeiter nur zu gut weiß, daß eben der Schiffbau sehr oft nur vorübergehend Gelegenheit zur Arbeit bietet, daß den Schiffbauern gerade die Firmnamen als etwas „Natürliches“ anhaftet.

Der dieses zugibt, gibt damit auch zu, daß die Erwerbsmöglichkeiten der Werftarbeiter durch diese „natürliche“ Fluktuation eine Beeinträchtigung erfahren. Und wer einräumt, daß diese Beeinträchtigungen sehr sehr bemerkbar machen, wird das von der Firma Blohm & Voß angegebene Verfahren, den festgestellten Wochenverdienst einfach mit 52 zu multiplizieren, für unbillig halten.

Als vor einiger Zeit die durch die Unternehmer gesteuerte Preise von Einkommen sprachen, die 1600 M. durchschnittlich erreichten, sehr oft sogar über 2000 M. hinausgehen, war das schon leicht als lächer-

Behauptung abzutun. Die neuerliche Behauptung, daß das Durchschnittseinkommen 1643,20 M. betrage, ist von ähnlicher Qualität. Nur dadurch, daß vorausgesetzt wurde, der Arbeiter mit dem angegebenen Wochenverdienst erziele dieses Einkommen das ganze Jahr, konnten als Einkommen eines Werftarbeiters 1643,20 M. publiziert werden. In dem nach der Liste günstigsten Falle hätte das Durchschnittseinkommen der 150 Tage und länger beschäftigt gewesenen Arbeiter 1643,20 M. betragen. Für diesen Fall hätten 2611 Arbeiter im Jahre 1909 durchschnittlich diesen Verdienst erzielt. 6965 Arbeiter aber haben weniger als 150 Tage gearbeitet. Haben die 6965 Arbeiter auch ein Einkommen von 1643,20 M. gehabt? Nein, diese Arbeiter waren die Unerwünschten, die da kamen und gingen, je nachdem sie gebraucht wurden. Und für diese Arbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne zu beanspruchen, ist doch wohl nicht so verwerflich, wie man mit der Veröffentlichung der Liste glauben machen will.

Die Behauptung in der Veröffentlichung, die Ueberarbeit betreffend, verdient auch noch eine Untersuchung, doch kam es uns hier besonders auf die Feststellung an, daß die Firma Blohm & Voß entweder die Eigenart ihres Betriebes selbst nicht kennt, oder daß sie bewußt von einer falschen Voraussetzung ausgeht, um — dann schließlich mehr zu beweisen, als ihr lieb sein dürfte.

Unsere kämpfenden Kollegen und Genossen halten tapfer aus. Falle ihnen niemand in den Rücken! Obacht auf Streikbrecheragenten!

Aus den einzelnen Branchen.

Elektromonteur.

Am 21. August tagte in Barmen eine gemeinsame Versammlung von Kollegen aus Effen, Düsseldorf, Köln und Barmen. Der Zweck der Veranstaltung war, Anregungen zu geben, sowie gegenseitige Erfahrungen in der Agitation auszutauschen. Auch sollte die durch das Nomadenleben der Monteur behinderte Kollegialität mehr gepflegt werden. Kollege Fäker (Düsseldorf) hielt einen lehrreichen Vortrag über die Entwicklung der Elektroindustrie und wie haben wir unsere wirtschaftliche Lage? Traulich hob er den riesenhaften Aufschwung dieser noch jungen Industrie hervor. Er beleuchtete besonders die neueren Entwicklungstendenzen durch das rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk in Effen, das auf einen Umkreis von 60 Kilometer konkurrenzlos die Versorgung elektrischer Energie übernehmen wird. Auch in unsern Berufe stehen dadurch bedeutende Umwälzungen bevor, was nur in der Verdrängung des Kleinbetriebes und in einer verstärkten Abhängigkeit großer Arbeitermassen von wenigen Kapitalgehaltigen zum Ausdruck kommen kann. Neigt sich nicht bald gegen gewisse Bestrebungen auszuweichen, die in besonderen Vereinigungen die „Liebe zum Stande“ pflegen wollen. In daselbe Fach gehören auch die „neutralen“ (am Aussterben) oder konfessionellen (Knecht knecht bleiben!) Organisationen. Nur ein fester Zusammenschluß in starken Industrieverbänden könne unsere Lage verbessern. In der Diskussion wurden Hausagitation sowie Fachvorträge genannt, womit Fortschritte erzielt werden können. Auch wurde gewünscht, solche Zusammenkünfte zu wiederholen, um einheitliche Verhältnisse anzubahnen. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die Versammlung erachtet es im Zeitalter der Vertiefung der Industrie als unerlässliche Pflicht, für den Zusammenschluß aller Berufscollegen tätig zu sein. Unsere wirtschaftliche Befreiung kann nicht erreicht werden in besonderen Standesvereinigungen, sondern allein durch eine stramme Zentralorganisation. Deshalb empfiehlt die Versammlung, überall mit den Kollegen Verbindungen anzuknüpfen, um für den allseitigen Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu wirken.“

Nachmittags wurde ein gemeinsamer Ausflug nach der idyllisch gelegenen Ronsdorfer Talperre unternommen, der überall viel Beifall gefunden hat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 18. September der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. September 1910 fällig ist.

Die Erhebung von Ortsbeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

- der Verwaltungsjahre (Ebersbach i. Sa. 5 M. pro Woche u. Mitglied;
Inchloe 5 M. pro Woche u. Mitgl. v. 1. St. an;
Landsberg a. W. 5 M. pro Woche statt seither 10 M. pro Monat;
Ostschloß-Scharbeck 5 M. pro Woche vom 1. Oktober an.

Die Nichtbezahlung dieser Ortsbeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsjahre in Breslau:
Der Anschläger Wilh. Kleinert, geb. am 19. März 1880 zu Breslau, Buch-Nr. 947-993, wegen Tarifbruch;
Der Anschläger Rob. Köhlich, geb. am 12. Februar 1884 zu Breslau, Buch-Nr. 947-992, wegen Tarifbruch.
Auf Antrag der Verwaltungsjahre in Köln:
Der Dreher Jean Boch, geb. am 10. November 1884 zu Aachen, Lit. A. Buch-Nr. 470050, wegen Unterschlagung;
Der Formner Otto Linke, geb. am 29. März 1893 zu Fraureuth, Lit. A. Buch-Nr. 447788, wegen Streikbruch.
Auf Antrag der Verwaltungsjahre in Stuttgart:
Der Dreher Theodor Brigaldino, geb. am 19. Januar 1883 zu Firmasens, Buch-Nr. 605930, wegen Beitrag.

Für nicht wiederaufnahmefähig werden erklärt:

- Auf Antrag der Bezirksleitung im 5. Bezirk:
Der Klempner Karl Protischer, geb. am 27. Oktober 1871 zu Schleich, Buch-Nr. 632933, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
Auf Antrag der Verwaltungsjahre in Breslau:
Der Kohlerer und Klempner Oswald Kowatsch, geb. am 4. Oktober 1851 zu Müllitz, Buch-Nr. 116949, wegen Streikbruch.
Auf Antrag der Verwaltungsjahre in Düsseldorf:
Der Schlosser Joh. Wader, geb. am 22. Mai 1877 zu Siegen, Lit. A. Buch-Nr. 37339;
Der Schlosser Ad. Maurer, geb. am 16. April 1852 zu Kaunheim, Lit. A. Buch-Nr. 145332;
Der Schlosser Ad. Henkel, geb. am 8. Dezember 1873 zu Hausen, Lit. A. Buch-Nr. 331693;
Der Schweizer Karl Feuringfeld, geb. am 17. Januar 1873 zu ?, Buch-Nr. ?, sämtliche wegen Durchbruch von Werkstattdeschloffen.
Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Ehlingen:
Der Schlosser Michael Wittenzöllner, geb. am 27. Juni 1871 zu Leisnach, Buch-Nr. 829774, wegen unkollegialen Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgenden genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Braunschweig:

Der Schlosser Karl Vollmann, geb. am 30. September 1893 zu Mülhhausen, Buch-Nr. 967609, wegen Betrugs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Grimnitzschau: Der Formner Albrecht Paul, geb. am 6. Oktober 1879 zu Chemnitz, Buch-Nr. 446014, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Döbeln: Der Schlosser Herm. Fischer, geb. am 19. Mai 1850 zu Krumbach, Lit. A. Buch-Nr. 389308, wegen Schädigung des Verbands.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gießen: Der Schlosser Johann Spies, geb. am 19. Juni 1878 zu Raubern, Lit. A. Buch-Nr. 540152, wegen Demütigung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wülheim a. Ruhr: Der Kesselschmied Aug. Volius, geb. am 18. April 1857 zu Eiden, Buch-Nr. 954132; der Kesselschmied Otto Martensen, geb. am 16. Dezember 1882 zu Eiden, Lit. A. Buch-Nr. 99153, beide wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kürberg: Der Schlosser Paul Witt, geb. am 10. Okt. 1835 zu Zwidau, Buch-Nr. 637223, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Beschluss des Vorstandes: Der Schlosser Kurt Quellmalz, geb. am 2. April 1892 zu Weissen, Lit. A. Buch-Nr. 293331, wegen Schädigung des Verbandes.

Gestohlen wurde und anzuhalten ist:

Lit. A. Buch-Nr. 457298, lautend auf den Appreturarbeiter Kurt Alb. Schmidt, geb. am 23. April 1882 zu Hofschau. Als Dieb wird bezeichnet der Schlosser Peter Schäfer, geb. am 8. Juni 1891 zu Frankenthal, Lit. A. Buch-Nr. ? Schäfer wird zur Rechtfertigung aufgefordert. (Weinheim.)

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16a; auf dem Postfach ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! ♦ Zugug ist fernzuhalten:

- von Drahtwebern nach Roswig i. Anh. (Thermann & Kleinfeld) St.; von Elektromotoren nach Zürich; von Flechtwebern und Schreibern nach Remscheid und Umgebung, St.; nach Warstein (Ja. Enke) Mi.; von Formnern, Gießereiarbeitern und Kernmachern nach Arnstadt i. Thür. (Geinz & Winter); nach Barmen (Wuppertaler Eisenhütte, Abt. Leimbach) St.; nach Barmen (Wuppertaler Waggonfabrik); nach Berlin (Ja. A. Krenner, Gussformfabrik) St.; nach Breslau (Firma Gutzmann); nach Dornbirn (Ja. Mühl & Gnah) St.; nach Düffeldorf (Ja. Windscheid & Wendel) Mi.; nach Emmrich (Ja. Reintges, Niederländische Maschinenfabrik und Eisengießerei) Mi.; nach Elberfeld (Firma Räger) St.; nach Frankfurt a. M. (Ja. Schiele & Co.) St.; nach Gmünd (Miß & Schweizer) Mi.; nach Keulshütte bei Mustau, St.; nach Kornweihen bei Stuttgart (Firma A. Stoy, Eisengießerei und Apparatebauanstalt) D.; nach Speyer (Polorny & Wittkind) St.; nach Zwidau (Gusswerke) Mi. (Firma Stiehler) L.; von Gold- und Silberarbeitern nach Wien; von Gürtlern und sonstigen Metallarbeitern nach Ettingen bei Karlsruhe (Gebrüder Hepp) Mi.; von Heizungsanlegern nach Erfurt-Ilversgehofen (Metallwerke) L.; nach Zürich; von Klempnern, Installateuren und Rohrlegern nach Breslau St.; nach Heilbronn (mit Ausnahme der Firma Kidenauer); nach Herford, B.; nach Mülhausen i. Els.; nach Pforzheim; nach Zürich; von Metallarbeitern aller Branchen nach Alen (Gebr. Simon, Drahtzylinderfabrik); nach Bremen (Werften) Mi.; nach Bremerhaven (Werften) Mi.; nach Chemnitz (Gebr. Hübner, Schraubenfabrik) L.; nach Flensburg (Werft) Mi.; nach Frankfurt am Main (Firma Rayos Union); nach Hagen i. W. (Firma Hippermann) St.; nach Hamburg (Werften) St.; nach Harburg (Ja. G. Niemeier) St.; nach Kiel (Werften mit Ausnahme der Kaiserlichen) Mi.; nach Köln (Firma Mauler, Eisenwert) St.; (Ja. Hammelath & Co. in Köln-Müngersdorf) St.; nach Leipzig (Arbeitsnachweise); nach Lübeck (Werften) Mi.; nach Oberstein (Ja. Wolf & Co., Aluminiumschmelzwerke); nach Quakenbrück (Norddeutsche Metallwerke); nach Rostock (Werft) Mi.; nach Rumburg i. Böh. (Ja. G. Thiele, Eisengieß- und Wehlfabrik) St.; nach Stappfurt (Firma Sauerberg) D.; nach Stettin (Werften) Mi.; nach Straßburg im Elsaß (Firma Ungerer, Turbinenfabrik) Mi.; nach Stuttgart (Ja. Göbel und Firma Haag) D.; nach Vegeßad (Werften) Mi.; von Schlossern (Bau- und Kunstschlossern) nach Berching (Zementfabrik Bavaria) D.; nach Budapest, St.; nach Delmenhorst; nach Dresden L.; von Schmiedern nach Berching (Zementfabrik Bavaria) D.; nach Delmenhorst; nach Stuttgart, St.; von Silberarbeitern nach Liegnitz (Firma Sandig); von Wehrarbeitern aller Art nach Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Mi.; nach Hamburg, St.; nach Kiel, Lübeck, Rostock, Stettin und Vegeßad, Mi.

(Die mit A. und B. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt Streif in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; Mi.: Aussperrung; D.: Differenz; W.: Mahregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrungen müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitssamnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anträge sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abtempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Formner. Keula. Zum Streik der Formner und Kernmacher im Eisenhüttenwerk Keulshütte i. Schl. Seit dem 18. Juni befinden sich die hiesigen Formner und Kernmacher im Ausstand. Es haben sich jetzt vier fremde Arbeitswillige gefunden, trotzdem sich die Firma die größte Mühe gibt und Anzeigen in allen Zeitungen verbreitet, worin tüchtige Formner bei hohem Lohn und Reisekosten gesucht werden; auch Beamte werden entsandt, um Arbeitswillige heranzuholen, aber ohne Erfolg. Von diesen vier Ar-

beitswilligen haben zwei schon längst der Keulshütte wieder den Rücken gekehrt, und sollten die übrigen zwei unter den Bedingungen arbeiten, wie es den Streikenden zugemutet wurde, so wären auch sie längst bei Nacht und Nebel verschwunden. Den Arbeitswilligen wird von den Beamten jetzt eine Behandlung zuteil, wie sie jedem Menschen ohne Unterschied gebührt. Hätten die Streikenden eine humane Behandlung genossen, so hätten sie an keinen Streik gedacht, denn die Beamten sind jetzt die reinen Engel zu den Arbeitern. Jetzt angelt sie mit allen zehn Fingern, um einen Hornner heranzubekommen; jedenfalls stehen wohl die Keulshütte die 2000 Formner nicht mehr zur Verfügung, wie angeblich am Anfang des Streiks. Hoffentlich kommt die Behandlung und Befolgung der fremden Arbeitswilligen nicht mehr in Vergessenheit und wird später auf die eingetragenen einheimischen Arbeiter, die am Orte die hohen Steuern ausbringen sollen, nach Beendigung des Streiks übertragen. Wenn ein Hornner von den Streikenden die Woche 10 bis 12 M. verdient hatte und kam zum Meister oder Betriebsführer Herrn Meier und reklamierte wegen zuviel abgezogenem Uebergehalt und zu niedrigem Verdienst, dann bekam er die Antwort: „Das ist nicht meine Sache. Arbeiten Sie mehr, dann verdienen Sie mehr.“ Je mehr aber gearbeitet wurde, um so mehr wurde Uebergehalt abgezogen, und der Akkordpreis wurde zum größten Teil nur in Form von 100 Kilogramm-Preisen bezahlt. Jetzt, während des Streiks, wird wohl Herr Meier nicht daran denken, das Uebergehalt abzugeben. Unter den Streikenden sind mehrere Kollegen, die über 25 Jahre hintereinander in dem Eisenhüttenwerk steno gearbeitet haben; diese hätten ja wenigstens eine Freude zum 25jährigen Arbeitsjubiläum gehabt, wenn ihnen zur Anerkennung eine Woche Ferien gewährt worden wäre, um sich einmal zu erholen, aber für den Arbeiter in Keulshütte ist leider kein Geld da. Als Jubiläumsgeschenk hat man ihnen Lohnabzüge zugemutet und zum Teil auch durchgeführt, bis das Maß bei den Formnern und Kernmachern übergelaufen war. Zahlensang haben sie sich bei den kurzen Zeiten Lohnabzüge gefallen lassen müssen. Der Herr Direktor S e n j e r hatte es bei den vorjährigen Verhandlungen dem Arbeiteraussschuß unter Garantie versprochen, vom 1. November 1909 an keine Lohnabzüge mehr vorzunehmen; aber der Oktober 1909 war noch lange nicht zu Ende, da bescherte man den Formnern und Kernmachern schon wieder neue Abzüge, die noch viel trasser waren und in Form von Uebergehaltsabzug bestand. Reicherte sich ein Formner beim Betriebsführer, Herrn Meier, daß das Gewicht nicht stimmt, dann bekam er zur Antwort: Geben Sie doch 1 M. aus und lassen Sie sich's berechnen. Aber es waren auch Formner unter den Streikenden vorhanden, die imstande waren, selber ein Gußstück zu berechnen, und dann wurde nach vielem Plänkeln das Gewicht von der Betriebsleitung anerkannt und es lag nur ein „Rechenfehler“ vor. Die meisten Formner mußten sich aber damit begnügen, was am Freitag ins Lohnbuch geschrieben war. Wenn ein Formner ein Stück Arbeit und fragte nach dem Akkordpreis, da wußte es niemand weder der Meister noch der Betriebsführer, wandte man sich aber an die Direktion, dann kam am anderen Tage der Betriebsführer und sagte: „Wer mir noch einmal in der Betrieb rebet, den schmeiße ich hinaus.“ Sollte man das Gußstück nach 14 Tagen bezahlt bekommen (denn in Keulshütte muß der Arbeiter erst 14 Tage arbeiten, ehe er den ersten Lohn bekommt, da eine Woche immer einhalten wird) und man erhielt das Lohnbuch, dann kam es oftmals vor, daß der Formner noch einen halben Tag warten mußte, weil der Herr Betriebsführer Meier noch nicht wußte, was das Stück wiegen soll. Der letzte Versuch, um den Streik zu vermeiden, war der, daß sich die Arbeitergesellschaft schriftlich an den Vorsitzenden des Ausschusses der Alltagsgesellschaft Keulshütte wandte, um dadurch geregelte Verhältnisse zu erzielen, aber leider ohne Erfolg. Die Antwort bestand hauptsächlich darin, daß die technischen und maschinellen Einrichtungen in Keulshütte jetzt so beschaffen seien, daß gegen früher in einer Stunde von einem Arbeiter das Zehnfache geliefert werden könne, und die Arbeiter von Keula wären ja nicht imstande, das zu beurteilen. Dazu seien Beamte da, die die Einrichtungen praktisch kennen gelernt hätten. Auf diese Antwort haben die Arbeiter die Einrichtungen, mit denen in einer Stunde das Zehnfache geliefert werden könne gegen früher, mit dem Vergrößerungsgrade gesucht; sie haben aber bis heute noch nichts davon gefunden. Die Keulshütte Arbeitergesellschaft soll zu dumm sein, das zu beurteilen, und von außerhalb soll jetzt ein Mann engagiert werden, der nicht einmal gelernter Formner ist. Er hat bloß an der Formmaschine gearbeitet. Der soll in Keulshütte eine Formmaschine einrichten für Rippentöpfe. Wo bleiben denn nun die Herren Beamten, die die technischen und maschinellen Einrichtungen so vortrefflich treffen, daß in einer Stunde das Zehnfache geliefert werden kann gegen früher?

Gold- und Silberarbeiter.

Gmünd. Auf Veranlassung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fanden am 3. September, gleich nach Geschäfts-schluss, sieben öffentliche Versammlungen statt, die in allen Lokalen gut besucht waren. Die Versammlungen besaßen sich mit einer Eingabe an die Unternehmer, worin ein Ausgleich zwischen den niederen Löhnen und den hohen Lebensmittelpreisen verlangt wird. Als Referenten waren die Kollegen Vorhölzer, Sched, Stuber, Josefthien, Steinmeyer, Brückner und Wanner tätig. Sie nahmen die Markausdehnung über die Abwanderung der Goldschmiede nach Eßlingen, Pforzheim und Danau zum Ausgangspunkt und begründeten sie mit der dort üblichen höheren Bezahlung. Zahlenmäßig wiesen sie nach, daß solche niederen Löhne wie in Gmünd, wo man ausgerechneten Goldschmiedemellenweise 20 bis 22 S. bezahlt, überhaupt nirgends zu finden sind. Ebenfalls sind die hohen Löhne von 80 bis 90 S., wie sie in Pforzheim und Danau und auch in Heilbronn bezahlt werden, hier überhaupt nicht anzutreffen. Wir können in Gmünd höchstens mit 60 S. rechnen. Ganz vereinzelt trifft man auch Löhne bis zu 70 S. Der Mittellohn in Gmünd hinlt mit mindestens 10 S. hinter dem in Eßlingen, Pforzheim, Danau und Heilbronn her. Tagelohn sind die Lebensmittelpreise in gleichem Maße wie andersorts gestiegen und daraus haben sich für die Gmünder Arbeitererschaft unbalbare Verhältnisse entwickelt, die notwendigerweise durch eine angemessene Lohnerhöhung ausgeglichen werden müssen. Diese Ausfahrungen werden mit einer Tabelle belegt, worin statistisch nachgewiesen wird, daß sich die Preise für vom Konsumverbraucher bezugsbare Artikel seit 1906 derart erhöht haben, daß sie wöchentlich eine Mehrausgabe von 89 S. unter Einrechnung von Fleisch eine solche von 1.16 M. im Gefolge hatten. Wenn die Steigerung der Meypreise und für Kleindung mitberednet wird, so ist für eine fünfköpfige Familie mit jährlich 95 M. Mehrausgabe zu rechnen. Dies deckt sich auch mit der Feststellung des Stadtlichstückenamtsrichters Dr. Frank in Stuttgart (siehe Anschlag, 10. Jahrgang, Nr. 60) bei der Beratung der Regelung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Arbeiter in Stuttgart, daß eine Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Jahren eingetreten, die bedeutend höher als 75 M. pro Jahr und Familie ist. Diese sicheren Unterlagen für die Illustration der hieraus resultierenden Verhältnisse wurden in allen Versammlungen als richtig bestehend anerkannt, und auch aus der Mitte der Versammlungen kam in reichlichem Maße zum Ausdruck, daß, und zwar auf dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vorgeschlagener Wege, von dem Unternehmer eine allgemeine Erhöhung der Löhne zu verlangen sei, um die bedrängte Lage der Arbeitererschaft einigermaßen zu beheben. Stellenweise kamen detailliert geschilderte Zustände an die Öffentlichkeit, die die Notlage der Arbeitererschaft noch trasser erscheinen lassen, als es durch unsere Erhebungen gesehen konnte, und einstimmig wurde in allen Versammlungen folgende Resolution angenommen: Die am 3. September 1910 tagenden Versammlungen der in der Gold- und Uedelmetallindustrie in Schwab. Gmünd beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären, daß bei den derzeitigen Lebensverhältnissen es ein unbedenkliches Gebot der Notwendigkeit ist, einen höheren Lohn beziehungsweise einen höheren Akkordwert anzustreben, als wie die übergrasende Mehrzahl der am Orte beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen selber verdienen. Die Versammlungen beschließen deshalb, daß in sämtlichen Betrieben in geeigneter Weise an die Herren Arbeitgeber-

heranzutreten ist, um eine Regulierung und entsprechende Aufbesserung aller derjenigen Lohnsätze zu erzielen, die seit dem 1. August dieses Jahres eine zufriedenstellende Aufbesserung nicht erfahren haben. Obzwo soll an die Firmen, die ganz oder teilweise ihre Arbeiter mit Akkordarbeit beschäftigen, das Ansuchen gestellt werden, mit einer Kommission ihrer Arbeiter die Akkordfrage einer Prüfung zu unterziehen und, soweit bei den bestehenden Akkordverträgen ein den angeführten Stundenlohn in angemessener Weise übersteigender Akkordverdienst nicht erzielt werden kann, diese Akkord entsprechend auszubessern. Ueber das Entgegenkommen der einzelnen Firmen ist werksweise Bericht zu erstatten und je nach Lage der Sache weitere Schritte zu beschließen. Die Versammlungen beauftragen gleichzeitig die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die einzelnen Firmen sowie den Vorstand des Arbeitgeberverbandes von den Wünschen der Arbeiter zu unterrichten und diese Wünsche zu befürworten. Ferner wurde einer Eingabe an die Unternehmer zugestimmt, die kurz die Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse schildert, ferner auf die Abwanderung von Metallarbeitern von Gmünd und deren Schaden für die einheimische Industrie hinweist und dem Wunsch nach entsprechender Lohnerhöhung Ausdruck gibt. Diese Eingabe wurde allen Unternehmern durch die Post übermittelt. Sodann wurden Kommissionen für möglichst alle Betriebe gewählt, die ein Äquivalenz, kürzeres Schreiben an die Unternehmer persönlich überreichen sollten. Die Versammlungen hatten überall einen glatten Verlauf und die Einmütigkeit der Beschlüsse läßt erwarten, daß in den nächsten Woche sich anschließenden Versammlungen der einzelnen Betriebe nur günstige Berichte gegeben werden, wovon die weitere Gestaltung der Bewegung abhängig ist. Zu bemerken ist noch, daß in einigen Betrieben die christlichen Arbeiter von dem Besuch der Versammlungen abgehalten wurden; jedenfalls durch ihre Verbandsfunktionäre. Vielleicht geschah dies in der Erwartung, daß bei Befreiung der Lebensmittelpreise durch den Zolltarif und die Finanzreform unabweisbarerweise auch die Zustimmung ihrer Führer (Wiesberts, Bedt, Schiffer, Wehrens u. s. w. zur Finanzreform blockiert und der darin liegende Widerspruch hervorgehoben werden mußte, daß durch die positive Tätigkeit der „christlichen“ Arbeiterführer die Erfolge der Werkstätten wieder illusorisch gemacht werden. Nachdem die Versammlungen noch einer Resolution zugestimmt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zugestimmt und eine Anzahl fernstehender Kollegen ihren Beitritt erklärt hatten, erließen die Versammlungen unter dem günstigen Eindruck ihrer Ernte, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in jeder Notlage der Arbeitererschaft ein wirksam helfender Helfer ist, der durch ständiges Wachstum auf der ganzen Linie die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung der Arbeiter in Deutschland fördert und vollen Erfolg garantiert, wenn sich der letzte Kollege ihm angeschlossen hat.

Hüttenarbeiter.

Snabrück. Wir klagen an. Neumals haben die ungeschwundenen Zustände in der Mühlhage des hiesigen Stahlwerks ein Opfer gefordert. Am 21. August gegen 5 Uhr geriet der Maschinist De. beim Fahren einer Fräsmaschine in das Getriebe und wurden ihm die drei Mittelfinger der linken Hand vollständig zermalmt. Unter ähnlichen Umständen wurde schon in diesem Betrieb einem Arbeiter die linke Hand vollständig abgequetscht. Diese Verfassungen nehmen nicht wunder, wenn man die Zustände in diesem Betriebe kennt. Die Arbeitererei ist bis ins kleinste geregelt. Der Oberingenieur Dehe drückt auf die Obermeister, von diesen geht's auf die Meister und Vorarbeiter und zuletzt kommt der Druck auf die Arbeiter. Jede hat ein probates Mittel, um Preise zu drücken. Jemand einem Unorganisierten wird ein bestimmter Geldbetrag versprochen, wenn er eine bestimmte Anzahl eines Arbeitsstückes liefert. Dieser strebt danach, den Judaslohn zu verdienen, und weckt den Arbeiter, der dann nicht die gleiche Zahl liefert; er flücht. Dadurch ist es zum Beispiel gelungen, den Preis für 100 Stück Kopfenplatten vor schon innerhalb eines Jahres von 1.10 M. auf 88 S. herunterzubringen. Der letzte Abzug kam dadurch zustande, daß der Leche einem Arbeiter versprochen, ihn zum Voreaudienner zu machen, wenn er pro Tag 500 Platten liefere. Das Versprechen tat seine Wirkung. Die Folgen dieser ungeschwundenen Ausbeutung kommen in den vielen Unfällen zum Ausdruck. Die Getriebe laufen frei, sind nicht verdeckt, weil dies vielfach hinderlich ist beim Arbeiten. Damit die Arbeiter keine Zeit verlieren, ist ein besonderer Maschinist angestellt, der neben Bedienung der Motoren die Maschinen zu ölen und zu reinigen hat. Wird dies nicht ordentlich besorgt, droht Strafe. Infolge der niederen Akkordpreise darf die Maschine keinen Augenblick stillstehen. Der die betreffende Maschine bedienende Arbeiter läßt deshalb nicht zu, daß sie während des Laufens oder Reinigens außer Betrieb gesetzt wird. Dem Maschinisten bleibt, will er nicht bestraft werden, nichts anderes übrig, als seine Knochen zu riskieren. Während wir diese Zeiten schreiben, wird schon wieder ein neuer Unfall gemeldet. Dies sind unabweisbare Zustände, sind aber vor allem bedenklich durch die Laune der dortigen Arbeiter. Werden sie zur Organisation angehalten, gibt's die lakonische Antwort: Es hat doch keiner Jock. Hoffentlich kommt auch den Arbeitern noch zum Bewußtsein, daß sie gegen die Unternehmer und deren Trabanten nur angehen können, wenn sie Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geworden sind. Im übrigen gehen diese Schilderungen eine drapirte Skulptation zur Akkordpolitik der Unternehmer.

Rombach. Schon wieder, kaum daß sich das Grab über den letzten Opfern geschlossen, ein tödlicher Unfall auf der Rombacher Hütte. Ein in einem Kopfsagener unter dem Schräglauf eines Hochofens stehender Italiener wurde durch ein herabfallendes Erzstück getroffen und auf der Stelle getötet. Die Leiche wird aus dem Wege geräumt und einfach hinterlegt die Hände weite. Was ist denn das, so ein toller tödlicher Unfall! Das unter dem Schräglauf angebrachte Schutznetz war etwas defekt, und man kam doch nicht jeden Schaden, jedes Loch sofort reparieren. Das Erzstück schlug eben durch und eine neue Arbeitsschicht ist notwendig geworden. Weiter ist es nichts. Fernweil wird draußen am Portal durch Anschlag kundgegeben, daß die Rombacher Hütte nicht dulde, daß ihre Arbeiter - Geldliebhaber begehren.

Klempner.

Gera. Der Streik der Klempner ist nach einträgiger Dauer zugunsten der Beteiligten erledigt worden. Einige Meister hatten schon vor Beendigung des Streiks die Forderungen der Gehilfen durch Unterzeichnung anerkannt und dort wurde die Arbeit einen Tag früher wieder aufgenommen. Nach dem neuen Tarif beträgt der normale Arbeitszeit wöchentlich 58 Stunden. An den Vorabenden der drei hohen Feste wird die Arbeit um 1 Uhr beendet und voll bezahlt. Nur darüber hinaus gearbeitet, so gilt diese Zeit als Ueberstundenzeit. Akkordarbeiten werden in Kaufmannsreisen und Installationsgeschäften möglichst vermieden, doch wird bei allen Akkordarbeiten der vereinbarte Stundenlohn garantiert. Der Mindestlohn beträgt im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 37 S., im zweiten Jahre 39 S. und im Alter von 21 Jahren und darüber 45 S. pro Stunde. Höhere Lohnsätze bleiben der Vereinbarung zwischen Meister und Gehilfen vorbehalten. Wird bei Festlegung dieses Minimalstundenlohnes eine Zulage von 2 S. für jeden einzelnen Gehilfen pro Stunde nicht erreicht, so ist der Lohn des betreffenden Gehilfen um den Betrag der Differenz zu erhöhen. Gehilfen im Klempner- und Installationsgewerbe erhalten, wenn das 20. Lebensjahr noch nicht überschritten ist, 32 S. über 20 Jahre 35 S. die Stunde. Gehilfen, die Gehilfenarbeit betreiben, erhalten den für Gehilfen vereinbarten Stundenlohn. Vom 1. April 1911 an wird eine Zulage von 2 S. und vom 1. April 1912 an eine solche von 1 S. pro Stunde sämtlichen Gehilfen und Geisern gewährt. Für Ueberstunden werden 25 Prozent, für Sonntagvormittagsarbeiten 33 Prozent und für Nacht- und Sonntagnachmittagsarbeiten 50 Prozent Zuschlag gewährt. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Bei auswärtigen Arbeiten ohne Ueber-



hat die Firma selbst diesen „hohen Lohn“ nicht bewilligen wollen. Wir zahlen nach Leistungen und lassen uns keine Vorschriften machen, welchen Lohn wir zu zahlen haben. Dieser Standpunkt der Firma wird auch vom Unternehmerverband unterstützt. Wir ersuchen, den Zugang von Metallarbeitern nach den Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoffwerken strengstens fern zu halten.

**Zwickau.** Eine Metallarbeiterversammlung, die recht gut besucht war, tagte am 27. August im Besondere. Ueber den Kampf an der WasserstraÙe sprach der Geschäftsführer Herleb. Er wies in seinen Ausführungen an Hand der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Wert und die Geschichte der Metallarbeiterbewegung nach, daß dieser Kampf aus den Verhältnissen heraus geboren wurde, und wenn man schon nach den Schuldingen in diesem Kampfe sucht, wie das die bürgerliche Presse tut, so kann man diese nur auf der Seite der Unternehmer finden. Bei der Auswertung unserer Unternehmer sei aber zu erwarten, daß der Kampf so zu Ausdehnung zunimmt, daß er alle bisherigen wirtschaftlichen Kämpfe an Größe übertrifft. Schließen wir darum die Reihen unserer Organisation, sorgen wir dafür, daß das Solidaritätsgefühl und die Opferfreudigkeit in unseren Kollegen geweckt wird, damit, wenn die Unternehmer ihre Drohungen, eine allgemeine Auslieferung vorzunehmen, wahr machen, unsere Kollegen die Opfer, die ein solcher Kampf erfordert, auch freudig bringen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung führte Kollege Herleb aus, daß Herr Ingenieur Richter von der Zwickauer Maschinenfabrik seit dem Beginn seiner Tätigkeit sich redlich bemüht hat, die Arbeiter dieses Betriebes, die bis dahin zu den indifferentesten gehört hatten, aufzurichten und ihnen durch seine Maßnahmen die Notwendigkeit der Organisation einzubläuen. Seine Bemühungen hatten auch den besten Erfolg. Die alten und ältesten Arbeiter nimmt er besonders aufs Korn, wobei ihm in der Gießerei Herr Gießereimeister Mathé beistand. Vor längerer Zeit wurden zwei der ältesten Arbeiter, von denen der eine 28, der andere über 30 Jahre im Betrieb tätig waren, von ihm gelübt. Die Zeit seiner Tätigkeit ist eine ununterbrochene Kette von Misserfolgen. Die Löhne sind in der Maschinenbauabteilung bereits so heruntergedrückt, daß Arbeiter davonlaufen, weil sie nicht mehr das zum Leben Notwendigste verdienen können. In letzter Zeit ist wieder ein Arbeiter, der schon 38 Jahre ununterbrochen im Betrieb tätig war, deshalb gegangen und hat bei einer anderen Firma Arbeit angenommen. Auch in der Gießerei verjagte er die Arbeiter zu drüden. Bald war es der neue elektrische Kran, bald die noch anzuschaffenden Luftkompressoren oder sonstige geplante Betriebsverbesserungen, die als Vorwand zu Misserfolgen herhalten mußten. Ja, Herr Richter stellte sich selbst mit der Uhr in der Hand neben Arbeiter, um genau zu kontrollieren, wieviel Zeit sie zur Anfertigung eines Arbeitsstückes brauchen. In der Gießerei war es infolge der guten Organisation möglich, Herrn Richter mit seinen geplanten Lohnabzügen zurückzuweisen. Auch wurde ihm wiederholt Gelegenheit gegeben, seine verschrobenen Rechtsbegriffe in bezug auf das Arbeiterrecht vor dem Gewerbegericht zu vertreten, wo er bei jedem solchen Versuch gründlich abfiel. Kein Wunder, daß Herr Richter einen heimlichen Stolz gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband hegt, der ihm aber, wenn er den Kampf mit denselben Mitteln weiterführt, mit denen er ihn eröffnet hat, noch verhängnisvoll werden kann. Ja, Herr Richter hat sich gewappnet und ist im Verein mit den Zwickauer Gießereimeistern in den Kampf gezogen, um den Trüben Deutschen Metallarbeiter-Verband zu töten. Eröffnet hat Herr Richter den Kampf mit einem wuchtigen „Streik“. Er hat zwei Forderungen entlassen, von denen er und auch Herr Direktor Heinrich annahm, daß sie Vertrauensmänner des Verbandes seien. Ihnen folgten drei Kennmänner. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband war immer noch nicht tot, darum wurde noch einer aus der Maschinenbauabteilung, der ebenfalls im Gerade stand, Vertrauensmann zu sein, erkoren. Dem letzteren sagte Richter, daß die Entlassung erfolge, weil er für den Deutschen Metallarbeiter-Verband agitiert habe. (Aber, Herr Richter, bei Ihrer Tätigkeit haben das unsere Kollegen ja gar nicht nötig, das besorgen Sie ja in ausreichendem Maße selbst. D. B.) Den Arbeitern, die nun das Glück haben, in diesem Vorstoß Arbeit zu erhalten, wird von Richter die Gewissensfrage gestellt, ob sie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören. Eine Stütze in diesem Kampfe findet Herr Richter, das mag ihm ein Trost sein, an den hiesigen Gießereimeistern. Diese haben eine Vertretung gegründet, die neben andern den Streik hat, unkluge Arbeiter in den hiesigen Betrieben nicht wieder einzustellen. Der Kampf, den diese Herren im Verein mit Richter führen, ist ein Kampf gegen Hindernisse, durch den sie nur der Mächtigkeit anheimfallen. Was kümmert sich der Mond darum, wenn ihn der Mops anbellt. Die Arbeiter, die in der Zwickauer Maschinenfabrik entlassen wurden, weil sie ihrer Organisation angehören, gehören nach dem Eingekündigten Richters und des Direktors Heinrich zu den tüchtigsten in ihrem Fach. Sollten diese Kollegen in Zwickau keine Arbeit erhalten, dann erwidert für die übrigen Kollegen daraus die Pflicht, in Zwickauer Betrieben keine Arbeit anzunehmen und dafür zu sorgen, daß auch andere sich hierzu nicht verleiten lassen.

**Schlosser.** In aller Stille ist hier ein neuer Tarifvertrag zwischen dem Verband der Kunst- und Bauhölzereien für Frankfurt a. M. und Umgegend und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgeschlossen worden. Der erstmalige Tarif mußte im Jahre 1907 durch einen fünfmonatigen Streik erkämpft werden. Obwohl dieser Vertrag weitestgehende Verbesserungen für die Kollegen im Besonderen, enthält er dennoch Bestimmungen, die den Auslegungsspielraum unserer Meister für und vor öffneten. Einer der wichtigsten Punkte war der vorgesehene Durchschnittslohn. Obwohl dieser in besonderen Erklärungen näher bestimmt war und auch vom Gewerbegericht als Minimallohn anerkannt wurde, durchdrangen die Meister ihr rein willkürlich. Diese Tatsachen, wie auch die bedeutende Steigerung der Lebensmittelpreise, gaben uns Veranlassung, den Vertrag zum 1. April zu kündigen. Mit Rücksicht auf die Konjunktur, die Auslieferung im Baugewerbe u. s. w. mußte zunächst von Forderungen Abstand genommen werden, obwohl die Meister verächtlich an uns das Ersuchen stellten, eine neue Vorlage einzurichten. Am 27. Juli wurde der Wunsch der Meister befriedigt. Die neue Tarifvorlage enthielt die Forderung der 54stündigen Arbeitswoche an Stelle der 57stündigen, Einführung von Minimallöhnen an Stelle der Durchschnittslöhne und Erhöhung des Stundenlohnes um 5 bis 6 S. Für alle zurzeit in Arbeit stehenden Arbeiter wurde eine Lohnserhöhung von 10 Prozent in Aussicht genommen. Ferner enthielt die Vorlage Bestrebungen zur Verregelung der Montagezulage. Die ersten Verhandlungen fanden am 18. August statt. Zunächst hatte es den Anschein, als ob eine Verständigung unmöglich sein sollte. In späteren Verhandlungen zeigten die Unternehmer jedoch Entgegenkommen und den ersten Willen, durch friedliche Verhandlungen einen neuen Vertrag abzuschließen. Die Meinungen aus dem Kampf von 1907 ihre Lehren gezogen zu haben. Das Resultat der Verhandlungen war folgendes: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt vom 1. September d. J. an 56 Stunden, vom 1. September 1911 an 55 Stunden. In den Samstagen ist um 5 beziehungsweise 4 Uhr Feierabend. Die Ueberzeitarbeit wird wie bisher mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagarbeit mit 50 Prozent vergütet. Als Nacharbeit gilt die Zeit, die die tägliche Arbeitszeit um mehr als zwei Stunden überschreitet. Bisher begann die Nacharbeit um 9 Uhr abends. Die Einführung der Minimallöhne fand Anerkennung. Damit war einer der wesentlichen Differenzpunkte beseitigt. Die jetzigen Minimallöhne betragen: für ausgearbeitete Arbeiter 33 S., vom 1. Juli 1911 an 40 S. (früher 35), ein Jahr nach beendetem Lehrzeit bis zum Alter von 21 Jahren 42 S., vom 1. Juli 1911 an 44 S. und vom 1. April 1912 an 45 S. (39). Für Gelehenen von 21 bis zu 24 Jahren 19 S., vom 1. Juli 1911 an 21 S. und vom 1. April 1912 an 22 S. (16). Für Gelehenen über 24 Jahre 37 S., vom 1. Juli 1911 an 39 S. und vom 1. April 1912 an 40 S. (34). Für ungelernete Arbeiter den 17 bis zu 19 Jahren 21 S., vom 1. Juli 1911 an 26 S. (21). Für solche von 19 bis

zu 21 Jahren 37 S., vom 1. Juli 1911 an 39 S., und vom 1. April 1912 an 40 S. (34). Für solche über 21 Jahre 41 S., vom 1. Juli 1911 an 43 S., und vom 1. April 1912 an 44 S. (38). Alle zurzeit in Arbeit stehenden Arbeiter erhalten eine sofortige Lohnserhöhung von 3 S. Am 1. Juli 1911 erfolgt eine weitere allgemeine Lohnserhöhung von 2 S. und am 1. April 1912 von 1 S. Die Montagezulage regelt sich wie folgt: Bei Arbeiten in den neu eingemeindeten Vororten und allen in denselben Radius fallenden übrigen Orten erhält der Arbeiter eine Vergütung des Jahrgeldes, der Jahrgeld und eine Zulage von 50 S. pro Arbeitslag. Bei auswärtigen Arbeiten, wo der Arbeiter abends seine Wohnung zu erreichen vermag, bleibt die bisherige Vergütung von 1,25 M. pro Tag bestehen. In Fällen, wo bei auswärtigen Arbeiten Übernachtet werden muß, beträgt die Zulage 3 M. statt bisher 2,75 M. Bei § 7: Durchführung und Ueberwachung des Tarifs, lehnten die Unternehmer einen Vorschlag der Arbeiter, als Vorsitzenden der Schlichtungskommission den Vorsitzenden des Gewerbegerichts als unparteiischen Vorsitzenden zu beauftragen, ab. Vorsitzender ist der jeweilige Vorsitzende des Verbandes der Schlosser; stellvertretender Vorsitzender der jeweilige Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Abgelehnt wurde ein weiterer Vorschlag der Arbeiter, den städtischen paritätischen Arbeitsnachweis anzuerkennen und nur diesen zu benutzen. Der neue Vertrag hat Gültigkeit bis zum 31. August 1913. Er verlängert sich stets um ein Jahr, falls er nicht sechs Wochen vor Ablauf gelündigt wird und die kündigende Partei der Gegenpartei nicht spätestens bis vier Wochen vor Ablauf neue Vorschläge unterbreitet. Diese Vorschläge fanden die Zustimmung der Unternehmer- und Arbeiter-Versammlungen. Die Verhandlungen haben ergeben, daß bei beiderseitigen gutem Willen eine Verständigung möglich ist. Während 1907 noch ein heftiger Kampf um den Verhandlungsmodus geführt werden mußte, indem die Unternehmer sich auf den Standpunkt stellten, nur mit ihren Arbeitern zu verhandeln, wurde bei den diesjährigen Verhandlungen der Bewußtseinskampf des Verbandes ausstandlos zugelassen. Der neue Vertrag bedeutet zweifellos eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Verhältnisse. Aufgabe der Arbeiter ist es nunmehr, für ständige Innehaltung dieses Abkommens Sorge zu tragen. Der jetzt erzielte Erfolg muß die Kollegen zu noch intensiverer Agitation anspornen. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß Elemente, die ernten wollen, wo sie nicht gesät haben, bis auf den letzten Mann verschwinden.

**Schmiede.** Das „alte ehrbare Handwerk“ der Ketten- und Schmiederei verliert von Jahr zu Jahr mehr seinen „guten Ruf“ und dieser Produktionszweig rückt immer mehr in die kapitalistische Form ein. Ganz besonders sind es zwei Firmen, die in dieser Beziehung „musterhaft“ arbeiten. Einmal ist es die Firma Karl Schlieper in der Grube und zum andern die Firma Raffloer, Grone & Co. in Jzerlohn. In beiden Betrieben haben sich die Leitungen die erdenklichste Mühe gegeben, den Ton der östlichen Junker und westlichen Großindustriellen im Sauerlande einzuführen, und wir können konstatieren, daß sie mit Erfolg gearbeitet haben. Misserfolge sind an der Tagesordnung. Man bedient sich einer etwas milden Form bei den Abzügen, indem bei Schlieper die Arbeiter zusammengerufen werden, um ihnen plausibel zu machen, daß ein größerer Auftrag eingelaufen sei, der aber dann erst bestimmt angefangen werden könne, wenn die Arbeiter  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{3}$  pro Risiko billiger arbeiten. In der letzten Zeit geht das nicht mehr so recht; denn die Arbeiter haben gemerkt, daß Späßen in der Sache liegt. Bedeutend ungünstiger noch liegen die Verhältnisse bei der Firma Raffloer, Grone & Co. Dort haben sich die Verhältnisse bedauernd verschlechtert, seitdem ein Herr Schwarz als Teilhaber in die Firma eingetreten ist und zugleich als Direktor fungiert. Es vergeht keine Woche, wo die Firma sich nicht gegen zwei oder drei Arbeiter am Gewerbegericht wegen Lohnforderung, Arbeiterentlassung, Einbehalten von Schadenersatz und Strafgebühren zu verantworten hätte. Letzte Woche wurde eine Klage von 13 und eine von 16 Arbeitern eingereicht wegen Zahlung von Schadenersatz und Auszahlung unechtmäßigweise abgezogener Strafgelder. Wegen dieser Firma ist der Sitzungssaal des Gewerbegerichts zu klein geworden, und die hiesigen Stabtruppen werden wohl über lädel das Rathaus vergrößern lassen müssen, da ein größerer Saal nicht zur Verfügung steht. So wurde ein Arbeiter entlassen, weil er sich mit dem Direktor „herumgebalgt“ haben soll. Vor dem Gewerbegericht wurde amtlich festgestellt, daß der Buchhalter Schewe einen Gummischlauch im Besitz habe. Auf Verlangen des Vorsitzenden erklärte der Buchhalter, daß er ihn zur „persönlichen Sicherheit“ gebrauche. Wohl die meiste Schuld an den täglichen Differenzen trägt der Meister Goerke, der laut Aussage einer ganzen Reihe von früheren Nebenarbeitern, die leider noch nicht der Organisation angehören, früher im ganzen Betriebe den meisten Schrott geleitet haben soll und vom Kettenhandwerk keine unvollständigen Kenntnisse besitzt. Dieser Mann ist der geschäftliche Berater des Direktors Schwarz, der als Nichtfachmann den Betrieb leitet. Das besagt alles. So wissen denn die Arbeiter in der hiesigen Grube allerwärts, daß der Betrieb der Firma Raffloer, Grone & Co. einem Laubenschlag gleich ist. Der Betrieb bedeutet aber eine Gefahr für die gesamte Kettenindustrie, weil die billigsten Ketten dort hergestellt werden. Aber die Kettenindustrie des Sauerlandes können erst dann bessere und einheitliche Verhältnisse schaffen, wenn sie ihre konkurrierenden Ansichten über das patriarhalische Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter aufgeben und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen. Lange schon ist der alte historische Kettenhandwerk des Sauerlandes verkommen und der moderne Lohnsklave, der bestirnt muß, durch Lust- oder Kahlhammer von der alten Scholle verjagt zu werden, ist an seine Stelle getreten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sich sehr verschlechtert, aber auch die Raß- und Gewaltszahlung ist komplizierter geworden, so daß der Arbeiter nicht bringend genau an die Kettenindustrie und Zwickauer anschließen kann: Werbet Mitarbeiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes; erkämpft auch im Interesse eurer selbst und eurer Familie eine bessere Lebenslage!

**Rundschau.** **Gewerkschaftliches.** **Lohnbewegungen, Streiks und Auslieferungen im Jahre 1909.** Die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichte, der Nr. 34 des Korrespondenzblattes als Statistisches Bulletin Nr. 7 beigegebene Statistik über die Lohnbewegungen des Jahres 1909 zeigt im allgemeinen noch daselbe Bild wie im Vorjahre 1908; die Forderung der Wirtschaftskontinuität setzte erst im Laufe des Jahres und nur sehr allmählich ein, so daß daraus ein fördernder Einfluß auf die Lohnbewegungen nicht zu erwarten war. Die eigentlichen Lohnkämpfe, die Streiks und Auslieferungen nahmen an Dauer zu. Das geht allein daraus hervor, daß im Berichtsjahre dafür die höchsten Ausgaben gemacht werden mußten; demnach 6 Millionen Mark wogegen die Streiks und Auslieferungen, wogegen 1 1/2 Millionen mehr als im Jahre 1908. Mit 45,22 M. pro Beteiligten steht das Jahr 1909 über allen früheren Berichtsjahren. Die Erfolge der Bewegungen im allgemeinen sind günstiger als im Jahre 1908. Es fanden 6796 Bewegungen ohne und mit Arbeits einstellen in 9650 Orten und 33 273 Betrieben statt, an denen 480 205 Personen beteiligt waren. 66,3 Prozent der Bewegungen verliefen ohne Arbeits einstellen, die für 72,7 Prozent der Beteiligten galten. Davon wurden 92,1 Prozent durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern erledigt, der verbleibende geringe Prozentsatz entfällt auf Zwangsmaßnahmen der Unternehmer ohne Verhandlungen und Zurückgehen der Forderungen. Bewegungen mit Arbeits einstellen — Streiks und Auslieferungen — fanden in 2259 Fällen — 33,7 Prozent mit 131 214 Beteiligten statt. Von den gesamten Bewegungen waren 65,4 Prozent erfolgreich, 15,2 Prozent teilweise erfolgreich und 14 Prozent erfolglos.

Ein Vergleich mit dem Jahre 1908 läßt erkennen, daß die Bewegungen im Berichtsjahre allseitiger verliefen als im Vorjahre. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit für 66 794 Personen in Höhe von 215 813 Stunden pro Woche und Lohnserhöhungen für 243 400 Personen im Gesamtbetrage von 445 545 M. pro Woche. Es wurden abgewehrt: eine Arbeitszeitverlängerung für 4136 Personen in Höhe von 15 858 Stunden pro Woche, ferner Lohnreduzierungen für 31 479 Personen im Gesamtbetrage von 66 213 M. pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden abgewehrt für 46 718 Personen. Die Zahl der Angriffsfälle hat sich um 22,7 Prozent gegen das Vorjahr vermehrt, auch war ihr Ausgang günstiger als im Jahre 1908. Die Abwehrstricks haben sich vermindert. Auch die von den Unternehmern vollzogenen Auslieferungen haben eine Verminderung um 19,8 Prozent erfahren. Ein Vergleich der Resultate zeigt, daß die Unternehmer mit den vielgerühmten Auslieferungen herzlich schlecht abgekommen sind. Das, was durch die Auslieferungen wirklich an Verschlechterungen erreicht wurde, kommt gegenüber dem Abgewehrten kaum in Betracht. Korporative Arbeitsverträge wurden 1913 für 159 628 Personen geschlossen, von denen eine große Zahl, nämlich 633, auf das Baugewerbe entfällt. Rody unter der Einwirkung ungünstiger Geschäftslage und den Nachwehen einer schweren Wirtschaftskrise zeigen die Lohnkämpfe günstige Ergebnisse. Sie können als ein günstiges Vorzeichen für größere Ertragssteigerungen gelten, die mit zu erwartender steigender Wirtschaftskontinuität eintreten dürften. Durch umfangreiche Lohnbewegungen werden dann die deutschen Arbeiter nicht nur einen Ausgleich in der durch die unpolitische Zollpolitik verursachten teuren Lebenshaltung herbeiführen können, sondern auch eine absolute Verbesserung ihrer Lebenslage erreichen.

**§ 153.** Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verursachung bestimnt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird nach § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Gegen diese Vorchrift ist in Zwickau mit leichter Körperverletzung (Stoßen) sollte sich der Eisendreher Jahn veranlassen haben und war deshalb vom Landgericht Berlin zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Es handelte sich um Zusammenstöße, die aus Anlaß des Streiks der Arbeiter der Danemanschen Fabrik zu Berlin zwischen Streikenden und Streikbrechern vorgekommen waren. Die Arbeiter der Fabrik hatten im Dezember die Arbeit niedergelegt, um eine von der Fabrikleitung im Aussicht gestellte Lohnherabsetzung ganz oder teilweise zu verhindern. Die Mehrzahl der Streikenden war noch nicht entlassen und auch nicht gelündigt worden, als der Streik begann. Eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohnbedingungen sah das Gericht darin, daß durch den Streik die Wiederherstellung der früheren Lohnsätze erzielt werden sollte. Es nahm ferner an, daß J. durch Anwendung leichter Körperlichen Zwanges und durch Drohungen sowie durch Ehrverletzung (beschimpfende Worte) einen Arbeitswilligen zu bestimmen versucht habe, die Arbeit niederzulegen.

J. legte Redlitz ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Ruhn, machte vor allem geltend, daß die Feststellungen die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung nicht rechtfertigten. Von einer Erlangung günstiger Lohnbedingungen könne nur dann die Rede sein, wenn die Arbeiter nicht einen Rechtsanspruch auf die günstigsten Löhne hätten. Wenn zum Beispiel die gesetzliche Kündigungsfrist von 14 Tagen gelte, dann könnte eine Lohnherabsetzung erst eintreten, wenn nach erfolgter ordnungsmäßiger Kündigung die Kündigungsfrist abgelaufen war. Ebenso könne nicht während eines laufenden Arbeitsvertrages der dafür vereinbarte Lohnsatz herabgesetzt werden. Im vorliegenden Falle sei nun aber gar nichts darüber festgestellt, wie die Firma bei der Lohnherabsetzung vorgegangen sei. Es stehe nicht fest, ob die Löhne nicht schon während einer geltenden Kündigungsfrist niedriger werden sollten, oder für laufende Arbeitsverträge, für die bestimmte Sätze galten. Wenn der Streik sich etwa gegen eine derartige rechtswidrige Lohnherabsetzung gerichtet hätte, dann könne § 153 der Gewerbeordnung nicht in Frage, denn dann läge keine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohnbedingungen im Sinne dieses Paragraphen vor. Auf jeden Fall müsse die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen werden.

Das Kammergericht folgte dem Antrage des Verteidigers, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung zurück. Die vom Verteidiger dargelegte Auslegung des Rechtsbegriffes der Erlangung günstiger Lohnbedingungen sei die richtige. Das Urteil des Landgerichts lasse in der Tat nicht erkennen, ob nicht das Landgericht den Rechtsbegriff verkannt habe. Das Landgericht müsse nachprüfen, wie vom Arbeitgeber in der Lohnfrage gegen die Arbeiter vorgegangen worden sei, und müsse dies dann bei seiner Entscheidung berücksichtigen.

**Die Fleischpreissteigerung in der ersten Hälfte des August 1910.**

Die amtliche Korrespondenz des Königlich Statistischen Landesamts in Berlin bringt in ihrer Nr. 31 vom 20. August 1910 eine Übersicht über die häufigsten Preise für Fleisch im Kleinhandel im Wochenumsatz von 50 Markorten in der ersten Hälfte des Monats August 1910. Im Durchschnitt ergibt sich danach folgende Steigerung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres und der ersten und zweiten Hälfte dieses Jahres:

Preise für 1 Kilogramm in Pfennig.

	Rindfleisch	Schafffleisch	Gammelfleisch	Schmelzfleisch	Rehfleisch
1. Hälfte August 1909	155,9	173,6	169,6	162,1	73,9
1. - Juli 1910	159,6	178,8	173,7	159,6	75,0
1. - Juni 1910	160,4	181,0	173,2	160,4	75,4
2. - August 1910	163,1	183,9	174,3	162,1	75,8

**Aus den Unternehmerverbänden.** Klempnermeister auf Scharfmeißenerleben. Als wir in Nr. 30 (Seite 238) unsere vielberühmte Notiz über den fidele Klempnermeister-Verbandstag brachten, erwiderte die in Mannheim erscheinende Fachzeitung für Klempnerarbeit und Installation in ihrer Nr. 32 (Seite 1009) unter anderem folgendes: „Wenn die Metallarbeiter-Zeitung sich über Auslieferungen der Post und der Deutschen Arbeiter-Zeitung ärgert, so soll die Metallarbeiter-Zeitung sich gefälligst mit denjenigen Unternehmerverbänden herumschlagen, die in der Post oder in der Deutschen Arbeiter-Zeitung ihr offizielles oder offizielles Organ erblicken. Uns geht die Geschichte wahrlich nichts an und darum soll uns die Metallarbeiter-Zeitung ein für allemal in Ruhe lassen.“ Also das genannte Blatt möchte gerne „bei Ruah“ haben. Es ist uns anständig leid, daß wir diesen Wunsch nicht respektieren können, wir sind aber nicht daran interessiert, die zitierten Behauptungen sollte man nämlich meinen, daß der Grundlag: Leben und Leben lassen, der mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen im Verhalten der Klempnermeister zu ihren Kollegen früher allgegenwärtig war, nunmehr verlassen werden soll. So etwas konnte man nach den Beschüßern des letzten Verbandstages Drücker Klempner- und Installationsverbände (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 25, Seite 195) allerdings auch schon vermuten und die zitierte grimmige Bemerkung der Fachzeitung haben wir deswegen auch nur leichthin aufgenommen. Die Tatsachen haben uns beim auch leider recht gegeben. Früher wurde nur gelegentlich ein-

